

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

Vier Seiten **extra** zur Buchmesse

- › **Und die Kinder sterben ...**
... still und leise und sehr weit weg. Nachdenken über UNICEF-Skandal und Spendenboykott **Seite 3**
- › **Massive Entlassungen**
Klartext zu kommunalen Privatisierungen **Seite 4**
- › **Melonen, Bananen und Pommes**
Über Schurkenstaaten, Banken und Steuern **Seite 15**
- › **Die DKP und DIE LINKE.**
LN im Gespräch mit zwei Leipziger DKP-Genossen über aktuelle Politik und einen Parteitag **Seite 16**

5

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
7. März

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Munterwerden mit Charly



oben: aus „Eulenspiegel“: Ralf-Alex Fichtner. Sackgasse. Deutschland 1992

rechts: Auch LN (12'97) ist vertreten mit Karl Heinz Guckuk



Grüß Gott! Da bin ich wieder. Karl Marx in der Karikatur. Gesammelt und herausgegeben von Rolf Hecker, Hans Hübner und Shunichi Kubo. Eulenspiegel Verlag 2008. 223 S., 600 Abb., 24,90 Euro. Titel unter Verwendung eines Motivs von Reiner Schwalm



Walter Trautschold, Deutschland 1925

Ein Prachtband rechtzeitig zur Leipziger Buchmesse. Wobei, die Idee für diese Sammlung mit 600 Karikaturen aus aller Welt zu 150 Jahren Marx'scher Wirkung entstand im fernen Japan. Dort saßen nach einem Kolloquium japanische Marx-Engels-Forscher mit ihren Kollegen aus Berlin, Moskau, Peking und Seoul zusammen, als Shunichi Kubo in die Runde fragte, ob es eigentlich eine Sammlung von Marx-Karikaturen gäbe. – Und so nahm ein wahrhaft waghalsiges Projekt seinen Lauf. Der bald dazu stoßende Bibliothekar Hans Hübner verfügte zwar über einen großen Fundus, dennoch war Recherche in ganz Europa nötig. Hilfe gab es allerdings bereitwillig. So schwer die Auswahl war, alle politischen Sichten sind eingeflossen (mitsam sehr klugen Texten), die vom Klassenkampf geprägten Karikaturen aus der Sowjetunion, der DDR sowie der BRD vor 1989, die von der Anerkennung der Marx'schen Leistung bis zu denen, die die Wirkung seines Wissensgebäudes verleumdend. „Proletarier aller Länder, entschuldigt euch?“, fragen die Herausgeber. „Aber gegenüber wem? Gegenüber den Unterdrückten ... Nein, Entschuldigung dafür, daß es bisher nicht gelungen ist, eine soziale, demokratische, ja sozialistische Gesellschaft zu gestalten.“

Siehe auch Seite 7

Böhmers Monsterfrauen

Nun arbeitet auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer am Unmenschbild der Ostdeutschen. Seine Verbündeten im Geiste, die auf diesem Gebiet schon weiter fortgeschrittenen Jörg Schönbohm und Christian Pfeiffer zeigten, wie das geht (und was die CDU will). Denn schon vor drei Jahren hetzte der brandenburgische Innenminister Schönbohm, die „Proletarisierung“ und „zwangsweise Kollektivierung“ unter dem SED-Regime seien verantwortlich für die Gewaltbereitschaft und Verwahrlosung in den neuen Bundesländern. Kriminologe Christian Pfeiffer machte unter anderem das gemeinsame Sitzen auf den Kindergartentöpfchen als Quelle jeglicher, auch faschistischer Missbildung der ostdeutschen Spezies aus.

Ja, so festigt sich das westdeutsche Überlegenheitsgefühl, so entsteht ein ostdeutsches Monsterwesen. Im Speziellen die ostdeutsche Monsterfrau, die egoistisch darauf bestand und besteht, dass ihr Bauch ihr gehört. Was aber eine inzwischen teilweise durchgesetzte westdeutsche Frauenlösung ist (weshalb Böhmer denn auch ungewöhnlich scharf von allen Seiten angegriffen wurde). Mir fällt nichts ein, was die ostdeutschen Frauen diesbezüglich hätten eigenes fordern sollen, weil die Sache an sich für sie ja selbstverständlich war. Jedenfalls seit 1972, als eine zeitgemäße Regelung für Schwangerschaftsabbrüche eingeführt wurde. Die konnte trotz eines kurzzeitigen Geburtenknicks die Kinderfreude nicht mindern. Schließlich gab es in der DDR Geburtenzahlen, von denen der Westen nur träumen konnte. Böhmer aber beschimpft die Ostfrauen, sie hätten hemmungslos abgetrieben. (Was machten eigentlich begüterte Westfrauen immerzu in den Niederlanden?)

Nebenbei, Herr Frauenarzt Prof. Böhmer, ob sie nun verkürzt zitiert wurden oder nicht: In der Bundesrepublik Deutschland gab es 2006 insgesamt 119 710 offizielle Schwangerschaftsunterbrechungen, in Niedersachsen beispielsweise 10 547, in Sachsen 6490, im schwarzen Baden-Württemberg 13 119, in Sachsen-Anhalt 4510.

Außerdem, was haben solche Abbrüche mit Morden an Kleinkindern zu tun? Sie häufen sich also im Osten, weil wir ostdeutschen Frauen unserer „Prägung“ entsprechend Kindstötungen im Mutterleib als ganz normale Art der Familienplanung praktizieren? Sollten da nicht weniger Pfeiffers Vermutungen gelten, als reelle Zahlen? Und die bestätigten Schönbohms, Pfeiffers oder Böhmers Wunschdenken nicht. Statistisch belegt ist allerdings, dass soziale Not Mord begünstigt. In freiheitlich-demokratischen US-amerikanischen Slums beispielsweise ist die Mordrate insgesamt sehr hoch und nachweisbar damit auch die Hemmschwelle für Morde an Kleinkindern gesunken.

Slums gibt es in Böhmers Neu-Bundesland zwar gerade noch nicht. Aber Armut und Verzweiflung wachsen. Da sollte er ansetzen.

• MAXI WARTELSTEINER

LN wünscht allen Leserinnen und Autorinnen einen Frauentag, der Mut macht, die Herausforderungen dieser kalten Gesellschaft zu meistern und solidarisch auch für jene Schwestern einzustehen, die dafür manchmal schon keine Kraft mehr haben.

„Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“

Karl Marx

LN. 1000 Leipziger und Gäste aus anderen deutschen Städten nahmen am 1. März an der antifaschistischen Demonstration gegen Nazis teil. Die Route führte ab S-Bahnhof Stötteritz zum Augustusplatz und schließlich auf den Marktplatz.

„Die Demonstration war ein voller Erfolg“, resümiert Sophie Fauser, Pressesprecherin des Demo-Bündnisses: „Es ist uns gelungen, eine Vielzahl von Menschen auf das Problem aufmerksam zu machen, auf die Straße zu bringen und zum Eingreifen zu motivieren.“

Juliane Nagel (Landesvorstand DIE LINKE, Sachsen), Mitorganisatorin und Anmelderin, erklärt: „Die große Menge, die trotz schlechter Wetterprognosen auf die Straße gegangen ist, ist ein gutes Zeichen für eine demokratische Kultur und ein klares Signal, dass die menschenverachtenden und geschichtsrevisionistischen Phrasen und Gewalttaten der sich insbesondere im Leipziger Osten aktivierenden Nazistrukturen nicht geduldet werden.“ Die Demonstration war ein

1. März in Leipzig: Demonstration gegen Nazis

Angstspirale durchbrechen!



wichtiger Höhepunkt einer Reihe von Aktivitäten im Leipziger Osten. Mittlerweile haben sich verschiedene zivilgesellschaftliche Zusammenhänge gebildet, die nachhaltig für eine demokratische, bunte Alltagskultur arbeiten wollen. Trotz dieses „Frühlingserwachens“ habe die Demonstration auch kritische Nuancen gesetzt, so Nagel: „Stadt und Bür-

gerschaft müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die Aktivierung von lokalen Nazistrukturen nicht wahrgenommen oder sogar zugelassen zu haben. Volksverhetzende, den Nationalsozialismus verherrlichende Schmierereien im Stadtbild wurden zu lange ‚übersehen‘. Auch als linke Veranstaltungen massiv gestört und Menschen im November letz-

ten Jahres bedroht wurden, waren nur verhaltene Reaktionen zu vernehmen.“

Öffentliche Proteste setzten erst ein, nachdem 350 Nazis durch den Leipziger Osten marschieren konnten und das von Studenten bewohnte Haus in der Holsteinstraße gewaltsam überfallen wurde.

Seit dem Rückzug Christian Worchs aus Leipzig hat sich eine lokale Naziszene gut organisiert. Offensiv verbreitet sie ihre menschenverachtende Ideologie. Offensiv – das bedeutet: Einschüchterung, Diskriminierung, brutale Gewalt gegen Andersdenkende und vermeintlich anders Aussehende. Diese Spirale von Gewalt, Angst und Schweigen gilt es zu durchbrechen!

Der überzogene Polizeieinsatz am 1. März und unnötige Kontrollen von Antifaschisten dienen keineswegs einem zivilgesellschaftlichem Aufbegehren gegen Nazis.

„Jung verliert gegen Marx“ – und nicht nur er

Der Ärger ist groß bei BILD und LVZ. Die von ihnen seit Wochen geführte Hatz gegen die Aufstellung des Marx-Reliefs auf dem Universitäts-Campus an der Jahnallee brachte nicht das erhoffte Ergebnis. Nach den wütenden Antikommunisten Loest, Weißerger, Fornahl, Winkler und Co. hatten sie zuletzt noch Oberbürgermeister Jung aufgeboten, um ihr Ziel zu erreichen. Der ließ verkünden, dass er noch einmal mit Rektor Häusler und Wissenschaftsministerin Eva Stange sprechen würden – um den Wunsch der



Argus

Bilderstürmer Nachdruck zu verleihen. Doch sowohl bei Häusler als auch bei Stange biss Jung auf Granit. Es blieb der LVZ nichts anderes, als nach dem Dreiergespräch mitzuteilen: „Marx-Relief bleibt am Uni-Campus Jahnallee. Ministerin Stange lehnt anderen Standort in Leipzig ab“. Als Trostpflaster wird nun eine „erklärende Tafel“ dazu gestellt, für die eine „Kommission aus Vertretern der Universität und des Zeitgeschichtlichen Forums (sic!)“ einen Text erarbeiten soll. Na ja ... Dass BILD und LVZ auch nach dieser Entscheidung nicht sofort klein beigeben und ihre antikommunistische Kampagne – um nichts anderes handelt es sich dabei im Wesen – gegen die Wiederaufstellung des Kunstwerkes von Frank Ruddle, Klaus Schwabe und Rolf Kurth einstellen, war nicht anders zu erwarten. BILD beginnt sich bereits auf die SPD-Ministerin Stange einzuschließen: „Hat die Ministerin mit Marx getrickt?“

Bleibt zu hoffen, dass die Ministerin dennoch bei ihrer Entscheidung für den Standort des Marx-Reliefs bei der Stange bleibt. Ansonsten kann Argus hier nur wiederholen, was er vor Wochen an dieser Stelle schon einmal schrieb: Doch sei es wie es sei – beim Umgang mit dem Relief Aufbruch wird erneut deutlich: An den Mitbegründer des modernen Kommunismus, Karl Marx, beißen sich die bourgeoisen Kleingeister jeglicher Couleur die Zähne aus. P. S.: „Jung verliert gegen Marx“, so titelte BILD am Tag nach dem Dreiertreffen. Und wo BILD Recht hat, hat BILD Recht.

Anmut sparet nicht noch Mühe ...

Von der 2. Tagung des 1. Stadtparteitages der LINKEN

LN. Die gedruckten Materialien dieser Tagung waren teilweise sehr schnell Makulatur, denn der Zeitplan und die Tagesordnung liefen – was keinen im Tagungshotel verwunderte – aus dem Ruder. Zu groß war offenbar der Diskussionsbedarf unter den Genossen nach all den Irritationen, Verletzungen und wohl auch Verwundungen der letzten Wochen. Es schien an diesem Vormittag, als habe sich da vieles aufgestaut. So wurde aus einer geplanten eineinhalbstündigen Diskussion eine fast vierstündige Aussprache.

Wie diese abließ – so empfand es zumindest der Beobachter – hatte guten Stil, auch wenn teilweise Differenzen weiterhin blieben.

„Lasst uns verbal abstrühen“, forderte einer der letzten Diskussionsredner an diesem Tag. Notwendig ist es offenbar, denn manch persönliche und verbale Attacke wirkte einfach unsachlich und

teilweise auch unverständlich. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die vielen Pro und Contras abzuwägen oder zu relativieren. Aber: Alle sollten aufeinanderzuzugehen und vor allem auch zuzuhören.

Es wird von Außenstehenden, von Medien und nicht zuletzt von den Leipziguern besonders in diesen Tagen genau darauf geachtet werden, was im Liebknecht-Haus passiert und was davon kommuniziert wird.

Bei jeglichem Zwist und Streit, der wohl allen Parteien – der Beispiele gibt es genug – eigen ist, sollte gerade DIE LINKE mit „Anmut und Mühe nicht sparen“. Und offenbar irritiert es den einen oder den anderen nach wie vor, wenn Anträge nicht die nötige Mehrheit bekommen, dann sofort von „Kungelei oder Durchpeitschen“ zu sprechen. Davon war an diesem 23. Februar jedenfalls nichts zu spüren.

Nazi-Alarm:

Bürgermeister fordert Polizeischutz an

LN. Polizeischutz für die 5000 Einwohner von Geringswalde fordert Bürgermeister Rainer Eckert (LINKE). Die Opfer eines von der Polizei vertuschten mutmaßlichen Neonazi-Überfalls, fünf junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren, seien nach der Tat mit dem Tode bedroht. Sie waren am vergangenen Sonnabend auf der Rückreise von einer Anti-Rechts-Demo in Borna von vier Autos verfolgt und ausgebremst worden. Dabei schlugen vier Vermummte mit Baseballkeulen das Auto schrottreif. Die Opfer konnten flüchten. Sie erstatteten Anzeige und bekamen als Reaktion darauf in der folgenden Nacht Besuch. Maskierte grölten „Freitag machen wir euch kalt!“ Inzwischen wurden aus Kreisen der Berufsschulen in Rochlitz und Mittweida weitere Morddrohungen laut, berichtet Bürgermeister Eckert. Seine Bitte um Polizeischutz bergündet er: „Wir hatten mitbekommen, dass die Nazis etwas Größeres planen. Eine üble Geschichte – die Jungs stehen alle auf einer ‚Schwarzen Liste‘.“

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Bürgerschaftswahl kam mit Verspätung am 28. Februar. Die CDU erreichte 42,6%, die SPD 34,1, die Grünen (in Hamburg GAL) 9,6% und die Linke 6,4%. Die Gelben erreichten nur 4,7% und fallen so als Steigbügelhalter, als Mehrheitsbeschaffer, für die CDU aus. Und das ist gut so.

Sofort nach den ersten Ergebnissen am Wahlabend war es mit dem Hausfrieden in der SPD vorbei. Die Fronten in dieser „Volkspartei“ zwischen links und rechts sind an Kurt Beck's Vorschlag einer Tolerierung aufgebrochen. Der Spitzenkandidat Michael Naumann, verheiratet in zweiter Ehe mit einer Bankierstochter, hat seinem Parteivorsitzenden einen geharnischten Brief geschrieben, der für große Turbulenzen in der Partei sorgt. Auf vier Seiten empört sich Naumann:

Hat Hamburg bald zwei Verlierer ?

„Für mich gibt es Grenzen der Kompromissfähigkeit in der Politik: Eine Grenze ist bei der Frage von Koalitionen, Tolerierung und irgendwelcher Zusammenarbeit mit der Linken erreicht.“

Der Hamburger SPD-Spitzenkandidat nennt drei Gründe für sein Nein zu jeder Form der Zusammenarbeit. Naumann: „Links sind wir selber“. Und: „Die Linkspartei hat eine Art Sozialplan zum Programm erhoben, der nichts anderes vorsteht, als alle Arbeitslose mit staatlichen Jobs zu versorgen“, O-Ton eines SPD-Politikers, der sein Zuhause im vornehmen Blankenese hat. Der zweite Grund für den von der „Zeit“ beurlaubten Mann: „Mehrheiten in Deutschland existieren nur in der Mitte. Die SPD entschlägt sich dieser Mehr-

heit, wenn die bürgerliche Mitte anfängt, unsere Kernaussage – niemals mit den Linken – zu misstrauen“. Wahlkämpfer Naumann meint dies in der letzten Woche vor der Wahl gespürt zu haben.

Sein dritter Grund ist: „Parteien leben von der Überzeugungskraft ihres Spitzenpersonals. In dem Moment, wo biografische Brüche auftauchen, gibt es ein Glaubwürdigkeitsproblem.“ Für Naumann führt Oskar Lafontaine „einen persönlichen Rachefeldzug“. Unterstützung bekommt Naumann von den Jusos. Der Landesvorsitzende Dania Ilkannipour: „Beck hat der Hamburger SPD schweren Schaden zugefügt und einen greifbaren Wahlsieg zunichte gemacht.“ Ins gleiche Horn tut der Sprecher des Seeheimer Krei-

ses der SPD, Johannes Kahrs. Von ihm wurde bekannt, dass seine Wahlkampfkosten zur Bundestagswahl von Firmen aus dem militärischen Bereich übernommen wurden.

Da es in Hamburg zu keinem Linksbündnis oder gar zur Tolerierung kommen wird, ist die CDU dabei, die Weichen in Richtung „Grün“ zu stellen – es wäre die erste Schwarz-Grünen-Landesregierung. Gepöbte haben beide Parteien ihr Zweckbündnis bereits in Hamburger Kommunalparlamenten in Altona wie in Harburg. Nur, wenn sich die Hamburger Grünen für „Schwarz“ entscheiden, steht damit bei der Wahl in vier Jahren der zweite Verlierer fest. Den Hamburger Grünen wird es so ergehen, wie jetzt der FDP – man hat teilgenommen.

• KARL-H. WALLOCH

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben – nörgelte Juvenal, der Satiriker. Seine gnadenlose Verbitterung richtete sich gegen die moralisch verkommene römische Oberschicht seiner Zeit.

Wahrlich, es ist schwer, auch noch 2000 Jahre nach Juvenal keine Satire zu schreiben – beispielsweise über den UNICEF-Skandal um sehr dubiose Beraterverträge und anderen äußerst laxen Umgang mit Spendenmitteln. Nichts Neues unter der Sonne. Bloß, dass eben die Tragödie schon lange eine Farce ist. Warum, bitteschön, soll UNICEFs Management besser sein als das von, sagen wir einmal, Siemens? UNICEF existiert doch auf keiner außerkapitalistischen Insel, bloß weil es als Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen fungiert (gegründet am 11. Dezember 1946, um zunächst europäischen Kindern wieder normale Entwicklungschancen zu bieten).

Sicher, mit dem Hintergrund UN steht die *United Nations International Children's Emergency Fund* schon irgendwie auf einem hohen Sockel der Rechtschaffenheit, was sie gemeinhin von anderen Geldsammelorganisationen abhebt. Dennoch verdienen das Rote Kreuz oder Caritas oder wie sie alle heißen, weniger hehre Maßstäbe? Auf der anderen Seite spüren Journalisten regelmäßig – folgenlos – die zu hohen Verwaltungsaufwände diverser Spendenorganisationen auf.

Lobby für Kinder

UNICEFs Wirken für Kinder und Mütter in inzwischen etwa 160 Staaten ist beachtlich. Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung oder Bildung – die rund 8000 Ehrenamtlichen leisten Hehres. Da hat Satire keinen Platz.

Was keine Statistik aussagt, das ist die tägliche ganz konkrete Lebensrettung, ist Hilfe vor Verhungern, vor schmutzigem Wasser, vor auszehrenden Krankheiten. Allein in einer der ärmsten Regionen der Welt, südlich der Sahara, kann laut UNICEF ein Minimalpaket an Gesundheitsmaßnahmen, können Investitionen von nur zwei bis drei Dollar pro Kopf der Bevölkerung die Kindersterblichkeit um 30 Prozent und die Müttersterblichkeit um 15 Prozent verringern.

Der UNICEF-Jahresbericht „Zur Situation der Kinder in der Welt 2008“ (in Genf am 22. Januar '08 vorgestellt) beweist, dass Fortschritt tatsächlich möglich ist und nennt eine Reihe von Beispielen, hier nur zwei: In Mosambik gelang es durch eine stärkere Verzahnung von Gesundheitsdiensten mit den Dorfgemeinschaften sowie Aufklärungskampagnen, die Sterblichkeitsraten von Kindern unter fünf Jahren um 62 Prozent zu reduzieren. Und weltweit wurden dank Impfkampagnen und dem Ausbau von Impfsystemen seit 2000 die Todesfälle durch Masern um 68 Prozent verringert.

Das UN-Kinderhilfswerk ist sozusagen die institutionalisierte Lobby für Kinder auf dieser kranken Welt. Nicht zuletzt, weil – mehr oder weniger bewusst – schlechtes Gewissen des Nordens gegenüber dem von ihm gnadenlos ausgebeuteten Süden manchen Spendenbeutel öffnet.

Und – nicht nebenbei: Auch in Europa ist das Hilfswerk weiterhin aktiv, wenn auch anders als in den Hungerregionen der Welt. Eine von ihm in Auftrag gegebene Studie, die unlängst in Berlin vorgestellt wurde, vergleicht die Lage der Kinder anhand von sechs Dimensionen: materielle Situation, Gesundheit, Bildung, Beziehungen zu den Eltern und Gleichaltrigen, Lebensweise und Risiken sowie eine eigene Einschät-

zung der Kinder und Jugendlichen. Die Bundesrepublik landete beim Vergleich der 21 untersuchten Länder auf Platz elf. (Schweden, Norwegen und Finnland führen die Statistik an, aber auch die Niederlande und Tschechien schnitten sehr gut ab). In einer vertiefenden Studie für Deutschland stellte der Soziologe Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin fest – was so neu für aufmerksame Zeitgenossen allerdings nicht ist –, dass Kinder in Deutschland für die Politik meist nur Mittel zum Zweck seien, um Arbeitsmarktprobleme zu entschärfen oder die Rentenkassen zu füllen. Es fehle ein politisches Gesamtkonzept, damit Kinder aus benachteiligten Familien endlich eine faire Chance erhielten.

Nur konsequent, dass das Aktionsbündnis

fären, der Steuerbetrüger und Amigos plötzlich Krokodilstränen. Und ein Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) wirft gleich einen ganz dicken Stein, es erkannte UNICEF Deutschland bis 2010 bürokratisch konsequent das Spendensiegel ab.

Die wirkliche Katastrophe ist nicht der UNICEF-Stall, der ausgemistet werden muss. Die katastrophal Leidtragenden sind die Kinder. Der erste Schaden sind die etwa fünf Millionen Euro weniger Spendenaufkommen. Weitere Verluste drohen. UNICEF kämpft ums Überleben. Das heißt: In Afrika verhungern Kinder ganz konkret, Bäume quellen wieder auf, wenn das Geld auch nur kurze Zeit ausbleibt, Schulen müssen geschlossen werden, Impfkampagnen werden beendet, Wasser stinkt wieder zum Himmel. Und alles nur,

ihre Partnerschaft mit UNICEF vorerst ruhen lassen. Natürlich hofft die Riege um OBM Burkhard Jung „sehr, dass es UNICEF rasch gelingt, sich neu aufzustellen.“ Und: „Bis diese Dinge in der Organisation geklärt sind, werden wir die Spendensammlungen aussetzen“. Die Stadt stehe nach wie vor zur Grundidee und zu den Hilfsprojekten. „UNICEF ist ein großartiges Kinderhilfswerk. Wir werden die gute Sache und auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht im Stich lassen“, erklärte der Kirchgänger Jung (und wie nennt er das, was gerade geschieht?). Vorstellbar sei, UNICEF das Angebot zu unterbreiten, über 2008 hinaus Partnerstadt zu sein. Wie edel. Und die Kinder, die man mit einem „schweren Herzens“ gefassten Beschluss in Stich ließ?

Sie sterben still und leise – und sehr weit weg. Wolfgang Stumpf, UNICEF-Botschafter, mahnte (wie derzeit mit ihm viele andere Ehrenamtliche), wegen der Fehler weniger Hauptamtlicher nicht die Sensibilität für die Sorgen der Hilfsbedürftigen wegzuwischen. Leipzigs Reaktion nennt er fatal, weil damit zur Passivität aufgefordert werde.

In der städtischen Mitteilung, mit der die Aktion „Stadt für Kinder“ begründet wurde, hieß es u. a.: „Dabei zählt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger: Vereine, Unternehmen, Schulen oder Einzelpersonen sind aufgerufen, Aktionen ins

Leben zu rufen oder schon geplante Veranstaltungen unter das Motto der Städtepartnerschaft zu stellen. Die Stadtverwaltung steht ihnen dabei helfend zur Seite und koordiniert die Aktionen. Im Partnerschaftsjahr wird gezielt für die UNICEF-Projekte „Schulen für Afrika“ sowie „Überlebenspaket für Kinder“ gesammelt.“

Mit Spenden aus Leipzig hätten Kinder in Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, Zugang zu einem Bündel einfacher Gesundheitsmaßnahmen wie Impfschutz, Moskitonetzen und besseren hygienischen Bedingungen gehabt, hätten dank gezielter Maßnahmen Polio, Masern, Lungenentzündung zurückgedrängt werden können, wäre sogar der Aufbau gemeindenaher Gesundheitsdienste möglich gewesen. Wie viele Kinder erleben das nicht mehr, wenn in Leipzig dann wieder gespendet wird?

Es ist schwer, nicht sarkastisch zu sein

Tja, das sind die Fallstricke für die aufklärten, nach Recht und Ordnung rufenden Buchhalter. Heutzutage ist es schwer, statt satirisch, nicht sarkastisch zu werden. Da wird ein Zumwinkel von einem Polizeiaufgebot erster Güte abgeführt, telegen, als rechtzeitige Warnung, damit -zig andere ja noch beizeiten ihren Kamin füttern können. Da wird Entsetzen bis ins Kanzleramt geheuchelt – und gleichzeitig steigt die Postaktie. Zumwinkel, das war doch der, der sich nicht gegen den Post-Mindestlohn stellte. Nachtigall, ick hör dir trapsen. Rache muss sein. Wobei, er hat ja bloß ein gesetzlich angebotenes Steuerschlupfloch namens Stiftungsgesetz überstrapaziert. Bei UNICEF gibt es keinen solchen Betrug. Das Problem hier ist moralischer Art, wenn auch von sehr eminenten. Tagesgelder bei einer Hilfsorganisation von 700 bis 800 Euro für „Dienstleister“ sind kaum zu entschuldigen.

Kriminell aber ist es, aus lauter Betroffenheit, strikt und sehr entrüstet Leben spendende Euros zu verweigern. Was soll's. Eigentum verpflichtet die Deutschen ohnehin nur auf dem Papier.

• MAXI WARTELSTEINER

Und die Kinder sterben still und leise – und sehr weit weg

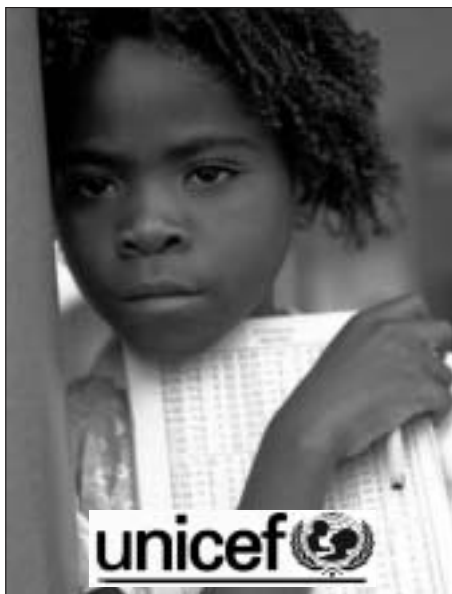
Nachdenken über den UNICEF-Skandal und über Leipzig, die diesjährige „Stadt der Kinder“, die die Spendensammlung einstellte

Kinderrechte (UNICEF, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk) inzwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat mit einer Unterschriftenaktion (die sich auch nicht von allein finanziert) auffordert, die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern, „damit Staat und Gesellschaft das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen, damit Kinder als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt werden, damit die Förderung und der Schutz für Kinder verbessert werden und damit Kinder gehört und beteiligt werden, wenn es um ihre Belange geht“.

Es schnürt die Seele ab, dass im Deutschland des 21. Jahrhunderts solche Selbstverständlichkeiten extra eingefordert werden müssen. Weshalb sich folgerichtig denn doch ein Satiriker fand, der neulich im Fernsehen meinte, Kinder seien eben keine Menschen. Warum sonst müssten sie einen extra Paragraphen haben, wenn es doch einleitend im Grundgesetz heiße: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Nun fließen Krokodilstränen

Womit wir nun doch wieder bei Juvenal und der moralisch verkommenen herrschenden Schicht wären. Getreu nach deren Vorbild, getreu nach den doch so bewährten kapitalistischen Spielregeln haben sich nun also Spendensammler geldwerte Prozente für die von ihnen akquirierten Summen überweisen lassen. „Ohne nachvollziehbare Gegenleistung“ sei einem „Fundraiser“ eine Provision von 30 000 Euro für die Vermittlung einer 500 000-Euro-Lidl-Großspende überwiehen worden. Wie banal alltäglich. Nun fließen im Land der Parteispenderaf-



weil – man kann es nur wiederholen – bei UNICEF passiert, was in der Industriegang und gäbe, weil systemimmanent ist. Wir haben Kapitalismus!

Ein ganz anderes Thema, das nur mit einem Politikwechsel anzugehen wäre, ist die im Grunde verantwortungslose, kaum vorhandene Entwicklungshilfe der Länder der nördlichen Halbkugel. Zu thematisieren wäre, dass sich die sogenannten Großspender selbst Heiligenscheine verpassen, während im Grunde doch der Steuerzahler für ihre „Großzügigkeit“ aufkommt.

Keine Spenden aus Leipzig

Und weil wir schon mal von Politik reden: Leipzig schoss gleich ganz die Krone ab. 2008 wollte es als die 16. deutsche Großstadt „Stadt für Kinder“ sein und sich ein Jahr lang intensiv mit der Situation von Kindern auseinandersetzen und – in Städtepartnerschaft mit UNICEF – zu Spenden aufrufen. Nun wird die Stadt, wie die Fraktionsvorsitzenden am 20. Februar entschie-

... von sehr massiven Entlassungen begleitet!

Ein neuer Projektbericht zur kommunalen Privatisierung spricht Klartext

Die Leipziger Ratsversammlung, noch immer in der Diskussion über das Bürgervotum, nahm in ihrer letzten Sitzung am 20. Februar eine 45-seitige Analyse zur Kenntnis. Diese setzte sich gezielt mit Privatisierungsalternativen des Eigenbetriebes Stadtreinigung auseinander und recherchierte dafür deutschlandweit. In Auftrag gegeben und eingereicht durch das Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport und dem dafür zuständigen Bürgermeister Heiko Rosenthal (DIE LINKE.)

LN liegt diese Untersuchung vor. Wir dokumentieren die wichtigsten Ergebnisse.

Ziel des Projektauftrages war, die Risiken einer (Teil-)Privatisierung festzustellen. Gleich zu Beginn heißt es im Ergebnis: „Die Beschäftigten des Eigenbetriebes sind faktisch städtische Angestellte mit Anspruch auf diesbezügliche tarifrechtliche Regelungen. Eine Gewinnmaximierung des Eigenbetriebes wird sich fast ausschließlich durch gravierende Lohnkürzungen realisieren lassen, die sich dennoch nicht in einer Gebührensenkung niederschlagen“

Diese Feststellung bedarf wahrlich keines weiteren Kommentars, nur ist in diesem Zusammenhang noch nachzutragen, dass diese „neuen Löhne“ für einen Großteil der Beschäftigten ALG-II-Ansprüche beziehungsweise andere Sozialleistungen nach sich ziehen würden. Sprich: viele Stadtreiniger würden von ihrer Arbeit nach einer Privatisierung nicht mehr genug zum Leben haben.

Untersucht wurden auch die Folgen einer eventuellen teilweisen Ausgliederung bestimmter Sparten. Für den Bereich Grünpflege bedeutet das: ...eine derartige Ausgliederung wird ebenfalls nur mit der Konsequenz drastischer Lohnkürzungen und dem Entstehen von ALG-II-Ansprüchen realisierbar sein.

Die Debatten um die Zukunft der deutschen Entsorgungswirtschaft finden der-

zeit in einem Spannungsfeld zwischen Liberalisierungstendenzen und Liberalisierungsdruck sowie der Frage nach der öffentlichen Daseinsvorsorge statt. Während Befürworter einer weiteren Liberalisierung die vergleichbare Entwicklung in der Energiewirtschaft und Telekommunikation hervorheben, betonen die Gegner die nach wie vor nicht verzichtbaren Verantwortlichkeiten im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

1990 begann in der BRD eine Privatisierungswelle im Bereich der Entsorgungswirtschaft. Meist motiviert durch eine Schiefelage kommunaler Haushalte. Sprich: die „Geldnot“ vieler Gemeinden war das entscheidende Argument der Privatisierungsbefürworter.

In den letzten Jahren ist allerdings ein entgegengesetzter Trend erkennbar. Viele Rathäuser und Gemeindevertretungen stellen die privaten Anbieter auf den Prüfstand und geben Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsvergleiche in Auftrag. Hintergrund dessen sind notwendige europaweite Neuausschreibungen. In diesem Zusammenhang befürchten viele Kommunen, die bereits privatisiert haben, ungewollte Partner könnten zum Zuge kommen und die Preise weiter erhöhen, dafür jedoch weniger investieren.

Fallstudien

Die Teilprivatisierung der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH war eine der ersten ihrer Art in der BRD. 1997 wurden 49 Prozent an die Firma Rethmann verkauft. Die Gesellschaft hat sich zu einem führenden Entsorgungsunternehmen im Umfeld von Frankfurt/Main entwickelt. Seit dem Teilverkauf hat es kaum Veränderungen bei der Belegschaft gegeben. Allerdings sind im gleichen Zeitraum die Abfallgebühren um 50 Prozent gestiegen.

Im Jahre 2004 wurde die Stadtreinigung Dresden GmbH zu 49 Prozent (dem Vernehmen nach für 12,8 Millionen Euro) an die Cleanaway Deutschland verkauft. Mehrheitseigner blieb die Technische Werke Dresden GmbH, eine hundertpro-

Gründe für Privatisierungen	Gründe für Re-Kommunalisierungen
<ul style="list-style-type: none"> • Aufbrechen von festen Verwaltungsstrukturen • Sicherheit vor strekbedingten Leistungsausfällen • Zwang zu wirtschaftlicher Leistungserstellung • Übernahme von betrieblichen Risiken durch Auftragnehmer • Nutzung externen Know-Hows • Zurückdrängung des staatlichen Einflusses • Wirtschaftliche Liberalisierung • Mittelstandsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbrechen unbeweglicher Marktstrukturen • Gewährleistung der „inhouse-Fähigkeit“ • Wahrung des politischen Einflusses auf die Leistungserstellung und der Gestaltungsmöglichkeiten • Unterstützung des lokalen Arbeitsmarktes • Deutscher Städte- und Gemeindebund: Gebühren und Einnahmen verbleiben vor Ort und „wandern“ nicht in Konzernzentralen • Zum Teil wird mit den Gewinnen aus der Abfallentsorgung der ÖPNV subventioniert.

Privatisierung und Re-Kommunalisierung als „letztes“ Mittel zur Herbeiführung grundlegender Reformen der bisherigen Strukturen.

Die Studie untersuchte unter anderem auch Motive für Re-Kommunalisierungen bzw. Privatisierungen als „letztes Mittel.“ In obiger Tabelle wurden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst.

Faksimile:LN

zentige Tochter der Landeshauptstadt. Von dieser Teilprivatisierung erhofften sich die Stadträte ein umfangreiches Optimierungskonzept und Gebührenstabilität. Die neue Geschäftsführung der Gesellschaft und Teile des Rathauses beurteilen die Folgen dieses Verkaufs als positiv.

Allerdings gab es in diesem Dresden Fall – wie die Studie feststellt – „sehr massive Entlassungen“.

Untersucht wurden außerdem der Komplettverkauf der Cottbuser Stadtreinigung sowie der Gesellschaft für Abfallwirtschaft Köthen.

Schlussfolgerungen

Derzeit besteht ein hohes Interesse privater Erwerber vergleichbare kommunale Unternehmen zu kaufen. Dies ist nicht

regional begrenzt. Grundsätzlich weisen alle durchgeführten Privatisierungen als gemeinsames Merkmal massive Lohnkürzungen auf (bis zu 35 %), die sich in vielen Fällen nicht in niedrigeren Preisen für die Verbraucher niederschlugen.

Seit einigen Jahren denken Ratsbereiche in vielen Orten verstärkt darüber nach, die an private Anbieter übertragenen Aufgaben wieder selbst zu übernehmen. Ein Beispiel dafür ist die Müllentsorgung der Stadt Bergkamen in Nordrhein-Westfalen. Seitdem gibt es wieder sinkende Gebühren. Sie konnten im Jahr 2006 um 7,8 und im Jahr 2007 um 3,4 Prozent gesenkt werden. Über eine Re-Kommunalisierung diskutieren u.a. auch die bayrischen Landkreise Miesbach und Regen.

• MIZO

Man wird doch mal fragen dürfen

ALS IN DER ARD verlesen wurde, aus welchen Orten die Leute stammen, die sich selbst wegen Steuerhinterziehungen angezeigt hatten, war da die Rede von München und Hamburg, von Frankfurt am Main oder auch Nordrhein-Westfalen. Keiner sprach von Leipzig, Chemnitz oder Magdeburg. Woran das wohl liegen mag?

5 000 SAARKUMPEL könnten bei Grubenschließung ihre Arbeit verlieren, noch einmal 4 000 Leute, die von deren Arbeit lebten – von Zulieferern, Busfahrern bis zu Kioskbetreibern. Wer hat eigentlich ein lautes Wort verloren, als in Leipzig (ungefähr so groß wie das Saarland) 100 000 Industriearbeitsplätze verschwanden?

• PETER POLIS



„Reiche“ und „Schöne“ und Kaugummi

Ach, war das aufregend am letzten Wochenende im Museum für Bildende Künste und zuvor in Schkeuditz, als hochhackige, langmännige Schlanke neben Fußballlopa Netzer und Filmbösewicht Adorf eintrudelten.

Sturmtief „Emma“ hatte den Gladiatoren den pünktlichen Museums-Einzug um 20 Uhr zwar vermasselt, aber so wurde wenigstens das akademische Viertel eingehalten. Anlass war die Eröffnung der Ausstellung eines Millionärs, der auch mal mit Frankreichs Export-Artikel Nr. 1 aus den 60er Jahren verheiratet war, der schönen Bardot, die zwar inzwischen teilweise faschistoide Ansichten hat, aber dafür kann ja Gunter Sachs längst nichts mehr. Er ist ja

wieder neu verheiratet. Alle lächelten sich an und manche Leipziger hätten ihm fast die Füße geküsst, besonders jene, die auf keiner öffentlichen Party fehlen. Seien es die legendäre Leipziger „schwarze Witwe“ oder der Leipziger „Mann mit Kerze“. Jedem sein Pläsierrchen! Ich drückte mich unauffällig in die Ecke und war dem Gunter trotz zahlreicher Bodyguards sehr nah. Ja, auch Millionäre altern. Aber was mir beim Gesichter betrachten der Bussi-Bussi-Gesellschaft auffiel, waren die langmännigen, jungen Damen, die in der ersten Protokollreihe sitzen durften. Sie hörten mit großen Augen der Eröffnungsrede von OBM Jung zu, bewegten dabei ihre noch faltenlosen gecremten Gesichter, weil sie unablässig Kaugummi kauten. Oh, sah das schön blöde und öde aus. Den Blick in die Ausstellung „Die Kunst ist weiblich“ – zunehmend mehr Kunstinteressierte bezeichnen sie als Skandal und nicht in dieses Museum passend – haben sich an diesem Abend viele geschenkt. Es wäre nur ein Gekuffe und Geschiebe gewesen. Drängeln war in diesem Fall weiblich und männlich... spürte

Euer Lipsius



Diskutiert: Missbrauch sozialer Bewegungen



Engagiert und streitbar: Referent Volkmar Wölk in der Schaubühne „Lindenfels“.

Foto: H. Ullrich

mittwochs-
a t t a c k e n

Aufregend und anregend war dieser Abend zum dem attac eingeladen hatte auch dieses Mal. Das angesprochene Thema ist inzwischen unüberschaubar in der Gesellschaft auch bei denjenigen angekommen, die auf „dem rechten Auge“ gern mal blind sind. Die Versuche der Neo-Nazis, in Leipzigs Zentrum Präsenz zu zeigen, konnten in den letzten Jahren erfolgreich abgewehrt werden. Jetzt marschieren sie in den Vor- und Kleinstädten. Sie agieren autark in „Freien Kameradschaften“. Sie missbrauchen die Aussagen sozialer Bewegungen und linker Parteien. Vor Schulen stehend, verteilen sie CDs und Propagandamaterial. Volkmar Wölk, Autor und Publizist zum Thema: „Neue Rechte“ kam an diesem Abend mit vielen Beispielen sehr direkt zur Sache, denn er präsentierte Fakten und Zahlen über Rechtsextremismus in unserer Region, und kam unter anderem auch auf Vorkommnisse in Borna zu sprechen: Dort veranstaltete ein Bündnis aus dem Verein „BonCourage“ und der Linkspartei eine Demonstration für Toleranz und Weltoffenheit. An der Aktion beteiligten sich etwa 200 Leute. Die Route führte an „Birgit's Outfit Store“ einem ominösen Lädchen in der Bornaer Innenstadt vorbei, welches Bekleidung der bei Neonazis beliebten Marke „Doberman“ und Baseballschläger vertreibt, großer Beliebtheit. Weiter ging es über den Markt hin zum Breiten Teich.

Nach dem sich in Borna die Demonstration aufgelöst und die meisten Teilnehmer den Heimweg angetreten hatten, versammelte sich ein kleines Häufchen wie Wölk formulierte „Nationaler Idioten“ auf dem Markt und provozierte. Außerdem wurde versucht, Teilnehmer der Demonstration die zu Fuß oder mit Fahrrädern auf dem Heimweg waren, abzufangen. So wird Angst geschürt. An diesem Abend kam auch zur Sprache, dass es ein großer Irrtum sei, zu glauben, Rechtsextremismus spiele sich nur auf Straßen und Plätzen ab. Gezielt werden seit Jahren Gebäude und Grundstücke gekauft und scheinbare Distanz zu militanten Kräften suggeriert. Beispiele gibt es in Kohren-Sahlis und Leipzig. Zunehmend versuchen sich gerade in kleineren Städten mit hoher Arbeitslosigkeit die neonazistischen Verführer in sozialer Demagogie. Antikapitalistische Thesen sind da keine Seltenheit und finden bei sozial Verzweifelten natürlich Gehör. Außerdem dominieren diese NPD-Anhänger zunehmend in Kreistagen die „Bürgersprechstunden“. Wölk warnte davor, sich durch angeblich sinkende Statistiken rechtsradikaler Straftaten in Sicherheit zu wiegen. Er beobachte und analysiere diese Veröffentlichungen seit Jahren und stelle immer fest, dass aus den unterschiedlichsten Gründen vieles schöngefärbt und bewusst durch die Polizei entpolitisiert werde. • J.O.

Erinnerungskultur dringend notwendig



„Moorsoldat“ Hans Lauter sprach auf der zweiten Tagung des ersten Stadtparteitages über Gemeinsamkeiten beim Erinnern zwischen Alt und Jung. Foto: Eiltzer

LN: Mehr als 60 Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands ist die Auseinandersetzung mit Faschismus und seinen Ursachen notwendiger denn je. Immer mehr Menschen haben diese Zeit nicht mehr erlebt. Darauf muss reagiert werden, denn der Schoß ist fruchtbar noch... Am 23. Februar beschlossen und diskutierten die Delegierten des Stadtparteitages ein „Antifaschistisches Aktionskonzept.“ Darin verankert sind sowohl Aktionen gegen rechte Gruppen und ihrem politischen Wirkungsfeld, als auch die Auseinandersetzung mit deren Forderungen. Gerade DIE LINKE. ist es, die durch die

Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise eine der Ursachen für das Entstehen und die Verbreitung dieser gefährlichen Ideologie ins Visier nimmt. Vor dem Hintergrund dieser Denkmuster wachsen „Law-and-order“-Konzepte, die Menschen wegen ihrer sozialen, ethischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunft denunzieren und ausgrenzen. Selbst in aller Öffentlichkeit wird inzwischen eingestanden, dass rechtsextreme Einstellungen kein Problem der „Ränder der Gesellschaft“ sind. Eine antifaschistische Kultur muss in dieser Stadt verankert werden und das nicht nur an Gedenktagen.

Leipziger Arbeitsmarkt

Erstmalig gab es im Februar keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Trotzdem trifft sie im Regierungsbezirk 62 456 Menschen. Das sind rein statistisch 331 weniger als im Januar 2008. Der Leiter der Arbeitsagentur gab als eine der Ursachen die milde Witterung der letzten Wochen an. Zu beobachten ist auch eine Konjunkturbelebung in Teilbereichen der Wirtschaft. Trotzdem stieg die Jugendarbeitslosigkeit um 281 Personen an. Zurückzuführen ist das auch auf Probleme junger Leute, nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz zu finden. Nach

dem Einbruch bei gemeldeten freien Stellen im Januar dieses Jahres wurden nun immerhin 1000 mehr registriert. Rein statistisch sind es 2254. Dieser Zuwachs ist übrigens der höchste in Sachsen. Vergleicht man die Zahlen mit dem Vorjahr, relativiert sich dieses Ergebnis allerdings, denn die Februarzahlen 2007 wurden nicht mehr erreicht. Der Zugang an Arbeitslosen lag jetzt bei 8566. Aus Arbeitsverhältnissen kamen davon 3040.

• J. SPITZER

Neue Bleibe für ANTIFA-BIBLIOTHEK

Sie ist die einzige ihrer Art sachsenweit, meint Leiterin Steffi Reuther. Die Rede ist von der „Bibliothek des Antifaschismus“, die im Leipziger Erich-Zeigner-Haus ein neues Domizil fand. Nach langjähriger Suche war man fündig geworden gegenüber des legendären „Felsenkeller“. Über viele Jahre hatte Rahel Springer gemeinsam mit ihrem Mann diese einzigartige Leihbücherei aufgebaut und geleitet. Untergebracht in Großpöna bei Leipzig. Als das Bücherwegwerfen nach 1989 kurzzeitig auch in unserer Region in Mode war, bewahrte Rahel Springer so manchen Schatz auf. Heute ist es ein Bestand von 2500 Büchern und 1000 Broschüren. „Einen Platz fanden sie allesamt in Regalen, die uns die Stadtbibliothek überließ“, freut sich Steffi Reuther. Der Buchbestand stammt aus Spenden und Nachlässen. Wer aufmerksam und interessiert in den Büchern blättert entdeckt viele interessante Veröffentlichungen in- und ausländischer Autoren. Zur Vielzahl vor-

handener Arbeiten gehören auch Romane und Gedichte für Kinder und Jugendliche, Erlebnisberichte von KZ-Insassen sowie Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung und thematische Lexika. Anna Seghers „Das siebte Kreuz“, Ruth Werner „Sonjas Rapport“, Georg Budnik „Ganz Nebenbei“. Man findet Biografien über Käthe Kollwitz, Marlene Dietrich, Erwin Geschonneck oder die „Bibliothek des Sieges“ mit Arbeiten von Johannes R. Becher und Erich Weinert. Zu entdecken sind Veröffentlichungen der Carlebach-Stiftung, die berühmten Fotomontagen John Heartfields und vieles andere mehr. Eine Lesung im Erich-Zeigner-Haus steht schon jetzt fest und am „Tag des freien Buches“ am 10. Mai. Zeit zum Lesen und Stöbern ist dienstags von 9.30 bis 11.30 sowie donnerstags von 15.00 bis 17.00 Uhr. Telefonische Vereinbarungen sind außerdem unter 24934 731 möglich. • H.G.

Stadtratssplitter

• **Alkohol- und rauchfreie Spielplätze**
Abgelehnt wurde ein CDU-Antrag für ein generelles Alkoholverbot im öffentlichen Raum, weil ein Eingreifen nur bei aggressivem und aufrichtigem Verhalten rechtlich geboten wäre. Stattdessen prüft die Stadtverwaltung ein Alkohol- und Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen.

• **Sanierung des Haushaltes mit Bürgerbeteiligung**
Oberbürgermeister Burkhard Jung erklärte, dass er die Botschaft der Leipziger mit dem klaren Ergebnis des Bürgerentscheides gegen Privatisierung von kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge verstanden habe und diese Entscheidung auch nicht aussitzen wolle. Stattdessen werde er gemeinsam

mit engagierten Bürgern nach Strategien suchen, wie der Stadthaushalt saniert werden kann. Finanzbürgermeisterin Bettina Kudla wird darüber auch mit den Organisatoren des Bürgerbegehrens „Stopp den Ausverkauf unserer Stadt“ ins Gespräch kommen.

• **Neugestaltung Fußgängerzone**
Einstimmig beschloss der Stadtrat die Neugestaltung der Grimmaischen Straße zwischen Augustusplatz und Universitätsstraße. Das geschieht in Anlehnung an die frühere Gestaltung des ehemaligen größeren Platzes, zeitgleich mit dem Neubau der Universität an der Südseite. Geplant sind Bäume, Bänke aber auch zwei Brunnen mit Kletterelementen, die die jüngsten Leipziger zum Spielen und Toben einladen werden.

f Eine Frage an MdL Dietmar Pellmann, Die LINKE.

In den Abendstunden des 21. Februar hat der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der LINKEN die Sozialgerichtsgesetzgebung drastisch verändert, so dass künftig erst ab einem Streitwert von 750 Euro überhaupt geklagt werden darf. Was bedeutet das konkret für die Hartz-IV-Betroffenen?

D. Pellmann: Dass die Regierungskoalition im Bundestag klammheimlich das Sozialgerichtsgesetz geändert hat, ist

Höhere Hürden für Klagen von Hartz-IV-Betroffenen

Tausende Sachsen ihrer Rechte beraubt

ein Skandal. Anstatt endlich zu bekennen, dass Hartz IV gescheitert ist und zu einem dramatischen Anstieg der Armut geführt hat, wird der Druck auf Betroffene weiter erhöht. Schon die Einstiegsschwelle für Klagen von bislang 500 Euro war insbesondere für auf Arbeitslosengeld II Angewiesene eine hohe Hürde. Wenn nun Klagen erst ab 750 Euro überhaupt möglich sind, werden Widerstandsrechte von Betroffenen nicht nur erheblich weiter eingeschränkt, sondern geradezu mit Füßen getreten.

Begründet wird dieser Willkürakt mit dem Verweis auf die angeblich nicht mehr zu bewältigende Klageflut. In der Tat haben die Klagen auch vor sächsischen Sozialgerichten enorm zugenommen. So geht aus den Antworten der Staatsregierung auf mehr als 20 von mir gestellte Anfragen hervor, dass sich die Klagen im Geltungsbereich des SGB II bei sächsischen Sozialgerichten 2007 gegenüber dem Vorjahr mit 11 264 fast verdoppelt haben. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer hatte sich ebenfalls

erhöht und lag im vergangenen Jahr bei mehr als 8 Monaten. Deshalb hatte der Präsident des Landessozialgerichtes Sachsen schon vor Wochen zu Recht kritisiert, dass viel zu wenige Richter und Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Ganz offensichtlich kommt die Neuregelung des Sozialgerichtsgesetzes der sächsischen Staatsregierung geradezu entgegen, denn Proteste ihrerseits waren bislang nicht zu vernehmen und sind wohl auch kaum zu erwarten. Bewusst wird in Kauf genommen, dass künftig immer weniger Menschen, die auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen sind, den Klageweg beschreiten können. Damit sind sie auch dann, wenn ihnen offenkundiges Unrecht widerfährt, zur Untätigkeit verdammt und werden wichtiger Grundrechte beraubt.

Erheblicher Zuwachs rechter Übergriffe

Letzter Jahresbericht sächsischer Beratungsprojekte

Wurzen/Görlitz. Die Beratungsprojekte für Betroffene rechtsextremer Gewalt in Sachsen (RAA Sachsen e.V. und AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.) erhielten 2007 Kenntnis von 306 Übergriffen (2006: 208 Übergriffe) mit rechtsextremem bzw. fremdenfeindlicher Tatmotivation, bei denen 402 Personen betroffen waren. Wöchentlich ereigneten sich in Sachsen somit fünf bis sechs rechtsextrem motivierte Übergriffe. Darüber hinaus muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

In 205 Fällen wurde eine Anzeige erstattet. In 114 Fällen richteten sich die Übergriffe gegen nicht-rechte Jugendliche. Die zweitgrößte Betroffenenengruppe bildeten mit 79 Vorfällen Menschen mit Migrationshintergrund, dicht gefolgt 63 Vorfällen, bei denen Menschen auf Grund ihres politischen Engagements angegriffen wurden. Die Zahlen erhöhen sich erfahrungsgemäß durch Nachmeldungen noch.

Die Beratungsprojekte erfassen Vorfälle von Körperverletzungen, Nötigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen sowie Sachbeschädigungen, mit denen zielgerichtet Personen getroffen werden sollen.

Die Protagonisten der extremen Rechten sind im Freistaat flächendeckend aktiv und können auf gewachsene Strukturen zurück greifen. Hinzu kommen zahlreiche unorganisierte Akteure, die ihre rassistischen und rechtsextremen Ressentiments gewalttätig ausleben.

Diese Statistik ist die letzte, die von den oben genannten Beratungsprojekten erstellt wurde. Die von der Sächsischen Staatsregierung forcierte Umstrukturierung führte zur Abwicklung von AMAL. Dieser Einschnitt schwächt die Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen strukturell, inhaltlich und finanziell.

LN. Es war von Anbeginn eine bildungsfeindliche Rotstiftaktion der sächsischen Regierung, die Grundschullehrer – wegen angeblich rückläufigen Schülerzahlen – in die Teilzeit zu schicken. Arbeitszeit (nicht die Arbeit) und Geld wurden 1997 auf 57,14 Prozent zusammengestrichen. Doch alle Proteste der Gewerkschaft GEW halfen nichts. Sachargumente, die sie vortrugen, vor allem die Klassen zu verkleinern, wurden beiseitegeschoben. Also nahm die Bildungsmisere ihren noch schnelleren Lauf.

Zur jetzt offiziellen Aufnahme der Verhandlungen zwischen Lehrer-Gewerkschaften und Finanz- sowie Kultusministerium über Rückkehr der sächsischen Grundschullehrer zur Vollzeitbeschäftigung erklärte die Gewerkschaftsfunktionärin und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Cornelia Falken: „Die sogenannte Grundschulvereinbarung hatte den

Erst musste das Kind in den Brunnen fallen

Zurück zur Vollzeit an Grundschulen?



Foto: Märker

Nachdem 1997 den Grundschullehrern Arbeitszeit und Geld auf fast die Hälfte zusammengestrichen wurde, traf es 2005 die Mittel- und Gymnasiallehrer Sachsens, weil es laut Minister Steffen Flath einen „Lehrerüberhang“ gäbe. Die 1000. sächsische Schule stand vor drei Jahren bereits vor der Schließung. 19 000 Betroffene waren beim Warnstreik der Lehrer am 24. Mai 2005 dabei. Zwei Schülerinnen brachten die Misere vor dem Leipziger Volkshaus auf den einfachen Nenner: „Wenn die Politiker noch weiter an uns sparen, dann werden wir bald so dumm wie sie.“

Beruf der Grundschullehrerin entwertet. Daher ist eine Rückkehr zur Vollzeit für alle, die das wünschen, das bildungspolitische Gebot der Stunde.“

DIE LINKE hatte mit ihrem Antrag „Teilzeitvereinbarung beenden – Initiative für Vollzeitbeschäftigung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer in Sachsen“ bereits auf der letzten Landtagssitzung praktikable Regelungen vorgeschlagen, die langwierige Verhandlungen unnötig gemacht hätten – leider hat die Koalition auch mit den Stimmen der SPD diesen Weg durch Ablehnung blockiert.

Erledigt ist der Antrag damit nicht, denn seine Inhalte gehen ohnehin auf die Tagesordnung: Vollzeit muss künftig 26 statt bisher 28 Unterrichtsstunden bedeuten – nur so wird der tatsächlichen Belastung der Lehrerinnen durch Vor- und Nachbereitungszeiten, Aufgaben als Klassenleiterin und Pflege guter Kontakte zu den Eltern entsprochen. • MX

24. Februar

Colditz: In Colditz haben am Sonnabend rund 100 Vermummte randaliert. Sie warfen Fensterscheiben ein und zündeten in einem Geschäftsraum eine Nebelrakete. Die Polizei ordnet viele von ihnen der verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ zu. Wie ein Sprecher in Leipzig mitteilte, war die Gruppe offensichtlich in die Stadt gefahren, um ein Konzert der linken Szene zu stören. Als klar wurde, dass ein solches Konzert in Colditz gar nicht stattfindet, zogen sie randalierend durch die Innenstadt. Die Polizei hat eine Ermittlergruppe beim Staatsschutz eingerichtet.

Leipzig: In einer Straßenbahn der Messestadt haben zwei Männer einen Nigerianer angegriffen. Sie beschimpften den 32-jährigen Afrikaner, warfen ihn dann aus der Bahn und traten auf ihn ein. Das Opfer wehrte sich mit Pfefferspray. Fahrgäste hielten die Angreifer bis zum Eintreffen der Polizei fest.

25. Februar

Markneukirchen: Das Musikinstrumenten-Museum in Markneukirchen hat am Sonntag sein 125-jähriges Bestehen gefei-

ert. Es gab Sonderführungen. Mit der Gründung des Museums am 24. Februar 1883 sollte den Instrumentenbauern ein Denkmal gesetzt werden. Zugleich sollten die Ausstellungsstücke aus aller Welt den Meistern als Anschauungsmaterial dienen. Heute hat das Museum knapp 3200 Instrumente in seinem Bestand. Im „Musikwinkel“ rund um den vogtländischen Ort gibt es noch 120 Werkstätten, in denen Instrumente entstehen.

26. Februar

Dresden: Die Städte Leipzig und Chemnitz haben Fördermittel für neue Kindergärten verfallen lassen. Nach Angaben der sächsischen Landesregierung verzichtete Leipzig auf rund 480 000 Euro. Chemnitz hat sogar rund 545 000 Euro nicht eingefordert. Der Freistaat stellt 2008 rund 20

Millionen Euro für Investitionen in Kitas bereit. Dazu kommen noch 77,5 Millionen Euro vom Bund.

27. Februar

Hoyerswerda: Wegen der Todesfälle im Kreißaal des Klinikums im Sommer 2004 soll ein dritter Arzt zur Verantwortung gezogen werden. Wie die Staatsanwaltschaft Bautzen mitteilte, soll im März Strafbefehl wegen fahrlässiger Tötung beantragt werden. Wegen eines fehlerhaften Narkosegerätes waren drei Frauen bei Kaiserschnittverbindungen gestorben.

Dresden: Die Staatsanwaltschaft hat erneut Anklage gegen den NPD-Funktionär Pühse erhoben. Ihm wird öffentliche Aufforderung zu Gewalttaten vorgeworfen. Dabei geht es um eine CD, die sich an

Fußballfans richtet.

2. März

Rietschen: Das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft hat eine Dauerausstellung zur Landschafts-, Siedlungs- und Kulturgeschichte der Region in der Erlichthofsiedlung eröffnet. Insgesamt 16 seltene Schrottholz Häuser bilden die Siedlung. Sie waren vor dem Verfall oder der Braunkohle gerettet und an den Ortsrand umgesetzt worden.

2. März

Dresden. Sachsen gehört laut den Grünen zu den Schlusslichtern bei der Chancengleichheit in der Wissenschaft. Zwar studieren hier ebenso viele Frauen wie Männer, aber es promovierten und habilitierten deutlich weniger Frauen. Bis 2020 sollte deshalb jede zweite Professur an eine Frau vergeben werden.

4. März.

Leipzig. Ver.di ruft zum Warnstreik auf. Es beteiligen sich zwischen 6 und 15 Uhr 500 Mitarbeiter der Stadtreinigung. Auch in Kindergärten und Horten wird teilweise die Arbeit niedergelegt.

SACHSEN-CHRONIK

(24. Februar bis 4. März)

Andere Städte, andere Sitten: „Aufbruch“ nach Trier

Je länger Menschen in einer Angelegenheit streiten, um so verbissener tun sie es. Das gilt nicht nur 2008, das gilt schon sehr lange. Beispiele aus Politik, Literatur und Geschichte kennt wohl jeder halbwegs belebte Mensch aus dem Stehgreif. Darum erspare ich sie mir.

Um eine Diskussion anzukurbeln benötigt die streitbare Angelegenheit einen Namen, aber biteschön einen griffigen, der muss aber richtig polarisieren. Und dann gehts los. Derzeit im Leipziger Stadtparlament, in LVZ-Blitzumfragen und manchmal auch in der Straßenbahn oder in der Mensa.

Streitpunkt in kürzester Zeit bereits zum dritten Mal, das so genannte „Marx-Relief“, das gar nicht so heißt. Und das wissen wahrlich nicht nur die LN-Leser. Andere vergessen es bewusst, oder wollen es vergessen, denn dieser neue Name (s.o.) macht sich offenbar derzeit in Leipzig recht gut, weil jeder, besonders auch derjenige, der nie eine Zeile von Marx gelesen hat, offenbar nun aufgefordert ist, mitzureden oder mitzustänkern.

In so einem Fall tut Luftveränderung gut und darum verlasse ich aus miefigem Grund die Pleißeregion und fahre viele Autobahnkilometer in Richtung Mosel(wein) nach Trier.

Kurz vor dem Zielort wird, da ich noch altmodisch mit patentgefaltetem Stadtplan fahre, aufgeblättert und nachgeschaut. Da steht unter Museen gleich nach dem „Bischöflichen Dom- und

Diözesan-Museum“ und der „Domschatzkammer“ das „Karl-Marx-Haus“ gefolgt vom „Rheinischen Landesmuseum“, dem „Spielzeugmuseum“ und der „Schatzkammer der Stadtbibliothek“.

Ehrlich, diese Reihenfolge hat mich als Leipziger doch etwas verblüfft. Man soll eben nie von den eigenen „Sitten“ auf andere schließen.

Die Brückenstraße in der Innenstadt ist schnell gefunden, auch ein nicht allzuweit entferntes Parkhaus. Und dann stehe ich vor der Nummer 10, lasse den Eingangsbereich hinter mir und hänge den Mantel der Geschichte schnell an einen Garderobenhaken, denn ich bemerke hier wohlthuende Sachlichkeit.

Dieses Haus in der heutigen Brückenstraße 10 erlebte mehrere Besitzerwechsel und wurde nicht nur einmal umgebaut. Als Geburtshaus von Karl Marx geriet es bis 1904 in Vergessenheit. In jenem Jahr entdeckte ein aufmerksamer Leser in der „Trierischen Zeitung“ vom 5. April 1818 eine Anzeige von Heinrich Marx, worin dieser seinen Umzug in die damalige Brückengasse 664 mitgeteilt hatte.

Die SPD bemühte sich nun, dieses Haus zu erwerben, aber die Angelegenheit zog sich hin. Ich erfahre während des Rundganges, dass der jüdische Architekt Gustav Kasel, der in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nach Palästina emi-



grierte, in den 20er Jahren eine freie Rekonstruktion des einstmaligen barocken Wohnhauses vornahm. In dieser Form, von Vorderhaus und Hinterhaus mit verbindenden Laubengängen, ist es zusammen mit dem von Kasel im französischen Stil neugestalteten Garten, noch heute zu besichtigen.

Im Mai 1933 beschlagnahmten die Nazis den ihnen verhassten Komplex. Er wurde Verlagssitz des NS „Trierer Nationalblattes“ und Wohnsitz des Nazi-Kreisleiters. Alles, was in der Zeit vor 1933 für das geplante Museum gesammelt worden war, vernichteten die Nazis oder es blieb zunächst unauffindbar.

Mit Hilfe eines internationalen Solidaritätskomitees wurde das Gebäude nach Kriegsende an die Sozialdemokratie zurückgegeben, die es 1947 als Erinnerungsstätte an Karl Marx eröffnete. 1968 übergab die SPD das Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im selben Jahr, zum 150. Geburtstag von Karl Marx, eröffnete Willy Brandt, damals Parteivorsitzender der SPD und Außenminister, an dieser Adresse eine Ausstellung zu Leben und Werk von Marx. Um der Enge des Geburtshauses zu entgehen und zunehmenden Wünschen entgegenzukommen errichtete die Friedrich-Ebert-Stiftung 1981 in unmittelbarer Nähe

das neue Studienzentrum „Karl-Marx-Haus“. Mit dazu gehöriger Bibliothek, die über 80 000 Bände umfasst.

Muss Karl Marx gerettet werden? Warum kann Geld alles und nichts sein? Bekommen Arbeiter, was sie verdienen und wie viel ist Arbeit überhaupt wert? Wie viel Ungerechtigkeit steckt in einer Tafel Schokolade?

Sicher diese Fragen stehen in Trier derzeit nicht zur Debatte aber ich entdeckte sie hier in einem Marx-Buch für Kinder und Eltern mit dem schönen Titel: *Ohne (Geld) Schein kein Sein - Maria rettet Karl Marx.*

Es gilt wohl auch: Museen sind mitunter Geschmackssache, auch Bücher, aber sie lassen in den meisten Fällen Haltungen erkennen. Plötzlich überkam mich ein schwer zu beschreibendes Gefühl, verbunden mit einer konkreten Frage: Warum empfinde ich den Umgang in Trier mit „Charly“ Marx soviel unverkrampfter und befreier als in Leipzig?

Im nahen Chemnitz ziert er Likörfflaschen, Kaffeetassen und sogar USB-Sticks. Sicher alles Geschmackssache. Den Vater des Manifestes der Kommunistischen Partei von 1848 gibt es als Plastikbüste in Groß- und Kleinformat und auf zahlreichen Postkarten. Gemessen an den Souvenirs ist der Philosoph immer noch das Aushängeschild von Chemnitz.

• JOACHIM MICHAEL

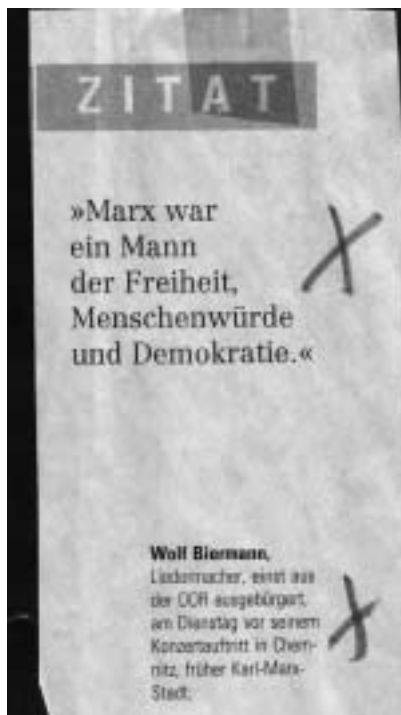
Nachdenken über Marx - zitiert aus aktueller LN-Post und einer nicht mehr ganz druckfrischen Zeitung

Es ist ungläubig, die sinnlose und unnötige Zerstörung der Universitätskirche zu beklagen, aber in gleicher Weise heute zu handeln. Da gab es in Leipzig eine weltbekannte Universität, die den Namen Karl Marx trug. Also musste der Name weg, um 40 Jahre Geschichte zu verschweigen. Aber da gab es ja noch die Anschrift. Auch die musste weg. Nunmehr muss auch ein Kunstwerk weg. So stellt sich die Frage, wie man die von Marx erkannten Wahrheiten bekämpfen will, die tagtäglich von allen erlebt werden müssen. Das erinnert an das Brecht'sche Gedicht "Die unbesiegbare Inschrift".

Fragwürdig, dass einige der lautesten Denkmalsstürmer das Mitgliedsbuch einer Partei tragen, die sich auf eine Tradition beruft, zu der Karl Marx untrennbar gehört. Der nach dem 2. Weltkrieg von Thomas Mann geprägte Ausspruch "Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche" hat vor diesen Debatten nichts an ihrer Gültigkeit verloren.

Wie groß muss eigentlich die Angst vor der Geschichte sein.

• SIEGFRIED SCHLEGEL, LEIPZIG



Marx wurde häufig aus den verschiedensten Anlässen als Philosoph, Ökonom, Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, aber auch als Historiker, Soziologe und Journalist gewürdigt. All das würde wohl ein ganzes Buch füllen. Staaten geben zur Würdigung von Persönlichkeiten Gedenkmünzen heraus, so auch die BRD. Im Zeitraum von 1952 bis 1986 gab sie 43 Gedenkmünzen heraus, darunter sind 31, die Persönlichkeiten des Staates, der Kultur und der Wissenschaft ehren. Dazu gehörten im Jahr 1983 auch Karl Marx und Martin Luther. Ich möchte an dieser Stelle nur erinnern, dass diese nur eine der sehr vielen Ehrungen von Marx in der früheren BRD war.

Im Jahr 2003 führte das ZDF eine Umfrage unter dem Titel „Unsere Besten“ nach den beliebtesten und wichtigsten deutschen Persönlichkeiten durch. Dabei belegten Einstein, Koch, Marx und Zeppelin erste Plätze.

Das „Deutsche Münzenmagazin“ schreibt zu Marx: „Er gilt als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und Ideengeber der Arbeiterbewegung, deren Auswirkungen für das 20. Jahrhundert international von grundlegender Bedeutung waren. Neben seinem Porträt auf der Gedenkprägung ist sein ab 1850

entstandenes Hauptwerk „Das Kapital“-Kritik der politischen Ökonomie“ mit abgebildet, in dem er eine dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanente selbstzerstörerische Produktionsweise schildert. Während bei früheren Produktionsweisen Waren hergestellt wurden, um sie gegen Geld zu tauschen, mit dem man benötigte andere Waren erwerben konnte, sei die kapitalistische Produktionsweise dadurch gekennzeichnet, dass Geld von der herrschenden Klasse in die Warenproduktion investiert werde, um dadurch wiederum an noch mehr Geld zu kommen. Den Preis dafür zahle am Ende das arbeitende Proletariat“. Also nicht nur Kommunisten und Sozialisten würdigen Marx als einen großen Wissenschaftler.

Ich musste für meine Diplomarbeit sehr oft und sehr eingehend die Bände 1-4 der MEGA lesen. Dabei kam ich zu der Erkenntnis, wenn es auch Frühwerke waren, so zeugten sie doch von großem Gedankenreichtum und von einer Gedankentiefe. Für mich war Marx immer ein Genuss, dessen Name und Werke die Jahrhunderte überlebt haben, während seine Feinde sehr bald vergessen sein werden.

• HORST LOOS, ERFURT



Rund 2.300 Aussteller aus 36 Ländern kommen 2008 zur Leipziger Buchmesse (zum Vergleich: voriges Jahr waren es rund 2200 Aussteller aus 30 Ländern).

„Wir sind die wichtigste Autorenmesse im deutschsprachigen Raum“, sagt Wolfgang Marzin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Leipziger Messe. „Unser Profil der literarischen Buchmesse haben wir mit Reihen wie der „Langen Leipziger Lesenacht“ oder der Verleihung des Preises der Leipziger Buchmesse in den vergangenen Jahren geschärft. Mit innovativen Veranstaltungsformen für junge Verlage und noch zu entdeckenden Autoren bietet Leipzig das beste Forum für die junge deutschsprachige Literatur.“

Zur großen Bühne für junge Literatur avanciert vor allem der historische Studentenclub Moritzbastei während der „Langen Leipziger Lesenacht“ (kurz L3), und das bereits zum dritten Mal in Folge. Sie ist nicht nur Entdeckerveranstaltung, sondern mit vier Bühnen und mehr als 40 jungen Autorinnen und Autoren auch die größte Lesung zur Leipziger Buchmesse.

Ebenfalls zum dritten Mal zeigt sich eine Vielzahl von Independent-Verlagen in gemeinsamer Runde auf der „Leseinsel Junge Verlage“. 2006 mit elf Teilnehmern



LEIPZIGER BUCHMESSE
13.–16. März 2008

gestartet, präsentieren sich mittlerweile 20 Verlage mit ihren Programmen und 46 Veranstaltungen in der Halle 5 (Stand D 200), sieben davon kommen aus der mitteldeutschen Region.

Gemeinsam mit dem Literarischen Colloquium Berlin

bietet die Leipziger Buchmesse in der Reihe „Prosa Prognosen“ viel versprechenden Debütanten ein Podium für ihre Werke.

Alles in allem: Europas Lesefest der Superlative „Leipzig liest“ bietet über 1.900 Veranstaltungen mit rund 1.500 Autoren.

Vor neun Jahren führte die Messe zudem den Themenschwerpunkt „Hörbuch“ ein. „Mit über 120 Ausstellern, rund 100 Veranstaltungen und einer Präsentation aller ARD-Hörfunkanstalten ist und bleibt die Leipziger Buchmesse der wichtigste Branchentreffpunkt für die nationalen Hörbuchverlage“, so Buchmesse-Direktor Oliver Zille. „Leipzig hört“ nicht nur auf der Messe, sondern auch in der Innenstadt. Zu den „Hörbuchnächten in der Alten Handelsbörse“ mit spannenden Lesungen kommen Fans auch am Abend auf ihre Kosten. Zuhören lassen sich zum Beispiel Elke Heidenreich, Peter Sodann, Thomas Brunsig, Ulrich Noethen, Götz Schubert und Jan Philipp Reemtsma.

Kein Wunder, wenn der Publikumsmagnet Besucher aus ganz Deutschland anzieht. 2007 strömten 127.500 auf des Messegelände und bestätigten somit, dass hier eine einzigartige Verbindung von Messe und Lesefest „Leipzig liest“ vorzüglich funktioniert.

Hans Modrow muss man erlebt haben. Als er kürzlich in der Leipziger Harkortstraße 10 zu seinem bei edition ost erschienenen Buch „In historischer Mission“ sprach, war die Räumlichkeit der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen überfüllt. Bestechend sein präzises Gedächtnis, die Klarheit seiner Gedanken, sein souveräner Blick auf die Geschichte – ein Mann, der nicht bereit ist, den Sozialismus als das progressive Zukunftsziel aufzugeben.

Und nun dieses hoch interessante Buch über den sozialistischen Politiker, der in der Endzeit der DDR für so viele Menschen „Hoffnungsträger“ war. Doch als er DDR-Premier wurde, galt schon das Gesetz des neuen Stärkeren. „Stärker als die Idee eines reformierten Sozialismus war aber nicht nur der fix herannahende Westen“, schreibt hierzu Hans-Dieter Schütt in seinem anspruchsvollen, aber nicht unstrittigen Vorwort, „sondern das auch unaufhaltsam sich abwendende eigene Volk.“ Damit bestand Modrows Tragik darin, dass er zum „akkuraten Sinnbild einer sterbenden Republik wurde“. Und dennoch, er war kein Repräsentant der Hilflosigkeit, sondern „Protagonist eines würdevollen Trotzes derer, die eine große Hoffnung nicht aufgeben wollten“.

Darüber berichten Weggefährten in dieser schwierigen Zeit, in der es nicht um fette Posten ging, wie Lothar Arendt (Innen-

minister) schreibt, sondern um Verantwortung, der man sich stellen musste oder feige davonlief.

Manfred Gerlach (Staatsratsvorsitzender) begründet, warum er und Modrow Freunde sind. Modrow war, wie Gerlach betont, nie hinterhältig oder rechthaberisch, sondern ehrlich und offenerzig in nicht problemloser, aber immer konstruktiver Zusammenarbeit. Gerlach bekennt, im kapitalistischen Deutschland erkannt zu haben: „Es gibt keinen ‚dritten Weg‘. Ich weiß noch viel überzeugter als früher, wie recht Karl Marx hatte!“ Auch für ihn gibt es „nur einen sozialistischen Weg mit neuen Inhalten“, wofür „wir eine starke Einheit aller Linken“ brauchen.

Theodor Hoffmann (Verteidigungsminister) schreibt, warum die NVA so lange zu erhalten war, wie es die DDR gab, und wie es gelang, unter den Bedingungen der allgemeinen Verunsicherung im Lande und konfuser Vorstellungen von der Landesverteidigung und der Sicherheitslage in Mitteleuropa die Stabilisierung der Lage in der NVA zu erreichen. So war es möglich, dass die für den Erhalt des Friedens verpflichtete NVA, die am 2. Oktober 1990 endgültig ihre Flaggen niederholte, „friedlich, organisiert und diszipliniert in den Einigungsprozess gegangen ist“. Sie wurde aufgelöst. Von einer Vereinigung von zwei deutschen Armeen, wie nicht selten fälschlich berichtet wird, kann keine Rede sein. Ein geringer Teil von Berufssoldaten der NVA wurde in die Bundeswehr übernommen.

Dietmar Keller (Kulturminister) bekundet, dass Modrow in seiner Verantwortungszeit fast unermesslich gearbeitet hat, aufrichtig und offen war und sich hätte „für die Existenz der DDR, wenn notwendig, auch ‚steinigen‘ lassen“. Solche Charaktere gibt es wenige in der Politik, meint Keller wohl zu recht. Schleierhaft und unerklärlich sei ihm jedoch manches, zum Beispiel „die Annahme des Ehrenvorsitzes in der SED/PDS und die damit verbundenen Konsequenzen“ und „die fast wehrlose Hinnahme

unverschämter Demütigungen durch Kohl und dessen Mannschaft“. Zu Fragen, unter denen Keller gelitten habe und „Narben geblieben“ sind, zählt er vor allem die bis heute anhaltenden „diametralen Auffassungen in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED und der DDR“.

Günter Maleuda (Präsident der Volkskammer) erinnert daran, dass, während Modrow um eine stabile Regierungsarbeit rang, die Generalsekretäre der CDU West und Ost (Rühe und Kirchner) im Gleichschritt dazu aufriefen, die Regierung Modrow zu verlassen. Am 23. Januar 1990 verließ die CDU die Regierungskoalition, während die im Kontakt mit der FDP stehende LDPD der DDR zunehmende Kritik und Forderungen an die eigene Regierung stellten. Nach schwierigen Verhandlungen kam die Aufnahme von acht Persönlichkeiten der Bürgerbewegung in die Regierung zustande. Damit war eine gewisse Beruhigung eingetreten, aber das eigentliche Problem nicht gelöst. Während die neu formierte Regierung wichtige Reformen in Angriff nahm, „wurde von Seiten der westdeutschen politischen Prominenz eine maßlose, schonungslose Einmischung in die inneren Angelegenheiten der noch souveränen DDR betrieben“. Wie das ablief, darüber berichtet Maleuda im Detail.

Rückblicke von Christa Luft, Hans Reichelt und Hans Watzek, Briefe an Hans Modrow – darunter Staatsmänner, Theologen und nicht wenige Menschen ohne Amt und Funktion – vertiefen die Sicht auf den Ministerpräsidenten und auf seine

Regierung der Nationalen Verantwortung. Vier bereits an anderem Ort veröffentlichte Dokumente bereichern den Band. Den Herausgebern und Autoren ist für ihren Beitrag zum 80. Geburtstag von Hans Modrow in einer Zeit zu danken, in der insbesondere die deutsche Zeitgeschichte ein Feld heftigsten Streits um Geschichte, Gegenwart und Zukunft ist.

• KURT SCHNEIDER

Mit Vernunft und Anstand. Hans Modrow zum Achtzigsten. Hrsg. von D. Küchenmeister, D. Nakath und G.-R. Stephan. Karl Dietz Verlag Berlin 2008. 155 Seiten, 14,90 Euro

Anzeige

Anzeige

VERANSTALTUNGSTIPP

Hans Modrow
In historischer Mission
Als deutscher Politiker unterwegs

Der ostdeutsche Staatsmann ist noch heute weit umher. In seinem Buch erzählt er über Personen der Zeitgeschichte, die er im Laufe seines Lebens kennenlernte.

288 Seiten, 14,90 Euro
ISBN: 978-3-360-01086-5

Lesung und Gespräch
mit Hans Modrow
»In historischer Mission«
Moderation: Michael Zock

Sonntag, 16.03., 11.00 Uhr
Liebknecht-Haus, Braustr. 15
www.edition-ost.de

DIE ERFINDUNG DES CHRISTENTUMS

DER MYTHENSCHMIED
Fritz Erik Hoevens
Die Entstehung des Christentums

»Aberzky hat sich seinen Feindern des Herkes und unablösgen (sic) auf die Lippen nur Diktator (sic) und Profitorientierung (sic) mit Hilfe von Wissenschaftlicher Pöbelarbeit.«
Prof. Dr. Helmut Meyer, Ex-Dekan der West-Fakultät
Was es AUFLÄRUNG UND KRITIK

»[...] gelte und Antike (sic) [...]«
SIEGES DEUTSCHLAND

»[...] Pöbelarbeit [...]«
SIEGES DEUTSCHLAND

288 S., mit Literaturverzeichnis und Nachweise der Zitierstellen, € 19,90
ISBN 978-3-454-0485-5

Lesung und Diskussion mit
Fritz Erik Hoevens
Leipziger Buchmesse

Sonntag, 16. März 2008, 14 Uhr
im Sachbuchforum Halle 3, II 302

www.ahriman.com

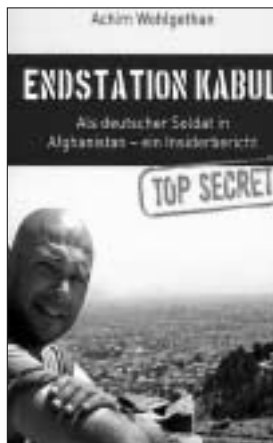
AHRIMAN-Verlag
Postfach 6559, D-70041 Fellbach, Tel. 0714/502200
Fax: 0714/982247, e-mail: ahriman@ahriman.de

Besuchen Sie uns in Leipzig: Halle 3 D 201

Der Insiderbericht *Endstation Kabul*, entstanden nach Tagebuchaufzeichnungen, fand sofort die Aufmerksamkeit der Medien und belegte auf Anhieb Platz 4 auf der Spiegel-Bestsellerliste. Der Autor, Stabsunteroffizier, dem sehr wohl bekannt war, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dem Bundeswehrmandat widersprach, fühlte sich, wie seine Kameraden auch, von der Politik im Stich gelassen. Trotzdem tat er diszipliniert und einsatzbereit im Camp Warehouse sechs im seinen Dienst. Er lauschte an den 182 Abenden im Camp, um 21,55 Uhr, der melancholischen, schon bei den Nazis beliebten Melodie „Lili Marleen“. Gesendet vom Soldatensender „Radio Andernach“, wie schon zuvor in Pristina im Kosovo. Er erlebte im Jahre 2002 gelegentlich Raketenangriffe der Taliban auf das Camp, die aber daneben gingen. Über Beschuss mit Infanteriewaffen schreibt er nur marginal. Während seines ersten Einsatzes in Kabul wurde Wohlgethan einer niederländischen Kommandoeinheit zugeteilt. Der Fallschirmjäger und in den USA ausgebildete Hubschrauberpilot operierte nicht nur in Kabul, sondern auch außerhalb des Mandatsgebietes. Dabei steuerte er weder einen Hubschrauber, noch sprang er mit dem Fallschirm ab. Dafür patrouillierte sein mobiles Kommando im Distrikt Paghman auf einem Berg bis auf 4500 Höhenmeter. Er habe auch während seiner Dienstzeit bei der ISAF für den Militärischen Abschirm-

dienst MAD gearbeitet, obwohl der zu dieser Zeit noch kein Mandat hatte, im Ausland tätig zu werden.

Neben Anmerkungen über arrogante, selbstherrliche und auch schikanöse Offiziere sind die über den sogenannten „Gefechtsfeldtourismus“ blanke Satire. Es geht um die Vorbereitung von Stippvisiten des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und anderer Politiker im Camp Warehouse. Nach einer exakt inszenierten Choreographie seien Soldaten während der meist eintägigen Besuche ihre Rollen zugewiesen worden. Neue Wege entstanden und aus den üblicherweise mit bis zu zehn Mann belegten Zelten wurden kurzfristig Zwei-Mann-Quartiere. Tische wurden wie in einem Hotel eingedeckt. Von „Affenzirkus“ wurde in



solchen Fällen geredet.

Der Stabsunteroffizier vom Fallschirmjägerspezialzug der „Division Spezielle Operationen der Bundeswehr“ in Oldenburg gesteht freimütig, keinen Sinn mehr in seinem Einsatz gesehen zu haben. Ihm wurde mit jedem Tag in Afghanistan immer schlechter, warum er Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigen sollte, wie Struck vollmundig erklärt hatte.

Ein Buch, das eigentlich zur Pflichtlektüre eines jeden Bundeswehrangehörigen gehört, dem ein Einsatz, oder wie jetzt vorgesehenen Kampfeinsatz, in Afghanistan bevorsteht.

Achim Wohlgethan schied am 16. Januar 2006 mit 39 Jahren nach einem zweiten Einsatz in Afghanistan, in Kundus, aus der Bundeswehr aus. Im Januar 2008 erschien sein packender Tatsachenbericht

• **FRANZ-KARL HITZE**

Achim Wohlgethan: Endstation Kabul. Als deutscher Soldat in Afghanistan. Ein Insiderbericht. Econ Verlag, Berlin 2008. 301 Seiten, 18,90 Euro

Buchmesse-Preise

Seit 2005 wird jeweils am ersten Buchmesstags in der Glashalle – mitten im Messestrubel – der Preis der Leipziger Buchmesse verliehen. Die Auszeichnung, die mit insgesamt 45 000 Euro dotiert ist, wird von einer siebenköpfigen Jury zu gleichen Teilen in den Kategorien Belletristik, Sachbuch und Essayistik sowie Übersetzung verliehen. Anspruch der Jury ist es, herausragende deutschsprachige Neuerscheinungen und Übersetzungen zu ehren.

Für die Nominiertenliste 2008 waren über 750 Bücher zu sichten und letztlich aus den drei Kategorien die jeweils besten fünf Titel auszuwählen. In der Kategorie Belletristik sind das z. B. Jenny Erpenbeck: *Heimsuchung* (Eichborn Berlin) und Sherko Fatah: *Das dunkle Schiff* (Jung und Jung).

In der Kategorie Sachbuch/ Essayistik siegte u. a. Bernd Greiner: *Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam* (Hamburger Edition).

In der Kategorie Übersetzung gehören Elisabeth Edl: *Stendhal: Die Kartause von Parma* (Carl Hanser Verlag) und Frank Heibert: *Richard Ford: Die Lage des Landes* (Berlin Verlag) zu den Gewinnern.

In den Abgründen des 20. Jahrhunderts

Sie mussten wegen der mörderischen nazistischen Diktatur aus Deutschland fliehen: der Vater des Autors, Ernst Engelberg, später international bekannter Historiker der DDR, und seine Schicksalsgenossen, mit denen sein Sohn sprach. Diese Gespräche, publizistisch aufgelockert, reichen von der Flucht und dem Erleben der Emigration, bis zur Rückkehr in das materiell und geistig gezeichnete oder schon vom Kalten Krieg geteilte Deutschland. Sie schließen ab mit Auffassungen zur Zeit seit dem Ende der DDR.

Die Leser bekommen Einblick in die Emigrationszeit (1940-1948) Ernst Engelbergs in der Türkei, wo eine Vielzahl bekannter Emigranten in leitenden Stellungen wirkten, darunter Ernst Reuter (tätig für die Einführung einer modernen Verwaltung), über den Achim Engelberg mit dessen Sohn Edzard spricht. Ilse Münz, Werner Eberlein und Wolfgang Ruge fragt er, wie sie als Emigranten in der Sowjetunion ertrugen, dass Angehörige verhaftet und erschossen wurden, dass sie als ausgewiesene Antifaschisten wie Feinde behandelt und verbannt in die Lagerwelt des Archipels Gulag oder in die Arbeitsarmee und damit in die Zwangsarbeit gerieten. Später, in der DDR, schwiegen viele darüber, weil sie „nicht wollten, dass ihre Ideale bei der heranwachsenden Generation im eisigen Hauch der Desillusionierung Schaden nähmen“. Und

für Ernst Engelberg galt, „man konnte nicht gegen Stalin und Hitler zugleich sein“. Ihr positives Verhältnis zur Sowjetunion blieb trotz alledem. Werner Eberlein sagte von sich: „Die Scham machte uns stumm. Es war unsere Sowjetunion, in der diese Verbrechen stattgefunden hatten ...“ Obwohl engste Familienangehörige von Stalins Schergen erschossen worden waren, sahen sie die Sowjetunion als ihre Heimat. Hinzu kam, dass man glaubte, im Kalten Krieg dem Klassenfeind helfende Argumente zu liefern, wenn man darüber sprach.

Weitere Zeitzeugen, die in unterschiedlichen Emigrationsländern lebten und mit denen Engelberg sprach, sind Klaus Sternberg, Hellmut Stern, Marianne Kühn, Susanne Miller, Gerhard Leo, Moritz und Sonja Mebel, Fritz Straube, Kurt Julius und Margot Goldstein sowie Markus Wolf. Alles in allem sind es sowohl gleichartige als auch sehr unterschiedliche Schicksale und Lebensabläufe in einer Zeit, in der man an ihren Grausamkeiten zerbrechen konnte. Doch die Zahl derer, die sie überlebten, wird immer kleiner. Und so lebt bereits heute schon nicht mehr jeder, mit dem Engelberg redete. Die Schlussfolgerungen, die sie aus dem Erlebten zogen, waren unterschiedlich. So wollten Susanne Miller und Marianne Kühn, beide Freundinnen, eine andere Gesellschaft, die sie aber in der Stalinschen Sowjetunion nicht sahen. Ernst Reuter, mit dem Ernst Engelberg in der Tür-

kei offensichtlich eng verbunden war, wurde Antikommunist

durch und durch.

Der Untergang der DDR lässt

Anzeige

13. MÄRZ	19.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Hankartstr. 10, 04107 Leipzig Das BR-Ressort der KPD: Funktionäre, Beamte, Spitzel, Spione Mit Sieghard Grundmann; Moderation: Klaus Kinner 486 S., 12. Abb., Hardcover, 23,90 Euro ISBN 978-3-320-02113-9	
14. MÄRZ	15.-15.30 Uhr, Sachbuchforum Halle 3, Stand B 302 Einfach leben – hüben wie drüben 12 Doppelbiographien Mit Erika Neier Moderation: Christine Krauss 274 S., Broschur, 12,90 Euro, ISBN 978-3-320-02121-4	
15. MÄRZ	10 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Hankartstr. 10, 04107 Leipzig Neue Sichten auf die russische Revolution 1917 Mit Helmut Bock Moderation: Klaus Kinner 416 S., Hardcover, 24,90 Euro ISBN 978-3-320-02140-5	
	16.30-17 Uhr, Sachbuchforum Halle 2, Stand K 203 Wasser als Ware Mit Kim Wiekens, Tinja Pflug 192 S., Broschur, 14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02130-1	
16. MÄRZ	11-11.30 Uhr, Leipzig Beut Forum Halle 5, Stand D 908 Die Verwandlung der Netty Reiling in Anna Seghers Mit Sigrid Bock Moderation: Jörn Schüttrumpf 304 S., geb. mit Ill., 19,90 Euro, ISBN 978-3-320-02120-0	

Leipziger Buchmesse, 13.-16. März
Halle 5, Stand B 409

dietz berlin
www.dietzberlin.de

bei denen, die ihn als Verlust, ja als Tragödie empfunden haben, die schmerzvolle Frage nach den Ursachen bis heute nicht los. Eigene Fehler, die dazu beitrugen, werden benannt. Sie wollten eine bessere DDR, die mit der BRD zusammenarbeitete, aber nicht von ihr vereinnahmt wird. Dennoch, die Meinungen gehen auseinander. Die im Westen lebenden Remigranten, so Engelberg, „sehen die Neuvereinigung in einem sanfteren Abendlicht“. Und Wolfgang Ruge meint, dass der Sozialismus gescheitert sei, „weil er den menschlichen Grundsätzen widerspricht“. Er glaubt, dass das Streben nach Geld und Profit die Menschen in den Abgrund stürzen wird.

Es ist ein Buch, dass wegen des Geschehenen erregt und zum Nachdenken anregt. Auch darüber, wie zu lesen ist, was einen Menschen widerständig macht, was anpassungsfähig im positiven wie negativen Sinne. Es ist schon so, wie Markus Wolf sagte: „Die Geschichte, auch das eigene Leben, ist kein Schachspiel, wo man die Partie neu spielen kann.“ Und er ergänzte: „Der Kalte Krieg war eine sehr hart geführte Auseinandersetzung von beiden Seiten.“

Der letzte Satz des Buches soll auch hier der letzte sein: „In Vielem erscheinen im Stoff von gestern die Fragen von heute.“

• **KURT SCHNEIDER**

Achim Engelberg: Wer verloren hat, kämpfe. Karl Dietz Verlag Berlin 2007. 207 S., 42 Abb., 14,90 Euro



Ein historischer Vergleich der Arbeiterkultur in Pilsen und Leipzig, die Betrachtung der nationalen bzw. lokalen Besonderheiten wie auch der konkreten Gegebenheiten in Pilsen mögen bei vielen der heutigen und hiesigen Leser aufgrund der Spezifik des Gegenstandes nur ein begrenztes Interesse finden. Jedoch enthält das Buch eine solche Fülle von Fakten und Wertungen zur Arbeiterkultur in Leipzig und ihrem Verhältnis zur bürgerlichen Kultur in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und bis 1914, dass es sowohl ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als auch zur Geschichte der Stadt Leipzig ist.

Die Publikation fußt auf einer Dissertationsschrift, ist gründlich, detailliert, allseitig und komplex. Dem Überblick über die Grundlinien der Gesellschaftsentwicklung, die dominierende bürgerliche Kulturpraxis und die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Ganzes folgt die Behandlung der Institutionen und Orte des kulturellen Lebens. Ein erster Abschnitt befasst sich mit Vereinen als Bildungsorganisationen des Bürgertums und der Arbeiterschaft. An anderer Stelle wird auch das Wirken der sozialdemokratischen Jugendbildungsvereine hervorgehoben.

Hinsichtlich der Bibliotheken als Bildungsinstitutionen ist bemerkenswert, dass es in Leipzig die Arbeiterbibliotheken waren, die zuerst ein breites, nicht nur ein weitgehend elitäres Publikum erreichten.

Erst dann folgte als Antwort des Bürgertums die Gründung von zunächst zwei städtischen Bücherhallen (Volksbüchereien) in den Jahren 1913 und 1914 der Aufbau eines städtischen Bibliotheksnetzes.

Ein weiterer Abschnitt behandelt die begrenzte Teilnahme der Arbeiter am weitgehend exklusiven Konzert- und Theaterleben und vor allem ihre eigenen kulturellen Aktivitäten auf diesem Gebiet, insbesondere in Form der kulturellen Selbstbetätigung (Arbeitersängerbewegung, Arbeitertheater). Die Autorin kommt hier zu der Feststellung, dass die Arbeiterveranstaltungen in den Leipziger Museen deutschlandweit „eher eine Ausnahme“ darstellten. Im Mittelpunkt standen dabei das Völkerkundemuseum, das Naturkundliche Heimatmuseum und das Museum der Bildenden Künste. Für die öffentliche Repräsentation der Arbeiterbildungsvereine spielten aber auch eigene Sammlungen und Ausstellungen eine



große Rolle. Weitere Gegenstände der Betrachtung sind das distanzierte Verhältnis der Arbeiterbewegung zu bürgerlich geprägten Denkmälern – besonders zum Völkerschlachtdenkmal – sowie Grabdenkmäler für Repräsentanten der Arbeiterbewegung auf dem Südfriedhof.

Schließlich werden die Gebäude des städtischen Kultur- und Gesellschaftslebens in den Blick gerückt. Als Reaktionen der Arbeiterschaft auf das bürgerliche Repräsentationsstreben werden zum einen die Proteste gegen den Bau des Neuen Rathauses, der „Rathausburg“ als Demonstration bürgerlichen Machtwillens hervorgehoben und zum anderen die Schritte der Arbeiterorganisationen zur Eroberung des öffentlichen Raumes gewürdigt: die Errichtung von Arbeitervereinshäusern, namentlich des gewerkschaftlichen „Volkshauses“ als Ort proletarischer Repräsentation, als Konferenzstätte, als Herberge sowie als Ort von Bildung, Freizeitgestaltung und Gesellig-

keit. Die Autorin geht auch auf eine bürgerliche Gegen gründung zu den Arbeitervereinshäusern ein: das als Ort der „sozialen Versöhnung“ deklarierte „Leipziger Volksheim“, das aber nur ein bescheidenes Dasein fristete und das auch nicht über ein eigenes Gebäude verfügte.

In ihren Schlussbemerkungen kommt die Autorin zu der Feststellung, die kulturelle Praxis der Arbeiterbewegung und ihres Milieus habe sich vor allem durch soziale und politische Ausgrenzung und weniger aus dem Bestreben nach einer alternativen Kultur entwickelt. Das ist sicherlich diskussionsbedürftig und wird von den Untersuchungen nur teilweise gestützt, da die Analyse der kulturellen Bildungsinhalte dabei nur eine sekundäre Rolle gespielt hat.

Das Buch enthält umfangreiche bibliografische Angaben und Quellennachweise sowie ein Personenregister, weiterhin 39 Tabellen und 19 Fotos bzw. Grafiken.

• G. L.

Adina Lieske: *Arbeiterkultur und bürgerliche Kultur in Pilsen und Leipzig. (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 74)* Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2007. 470 Seiten, 38 Euro

ANNOTIERT

Wolfgang Girmus (Hg.): *Sozialistischer Weltbürger und Enzyklopädist. Mosaiksteine zu Jürgen Kuczynski*. Leipziger Universitätsverlag 2007. 116 S., 22 Euro
Produktiver, vielseitiger und origineller als Jürgen Kuczynski (1904-1997) war kein Wissenschaftler in der DDR. Davon zeugen 40 Bände „Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus“, 10 Bände „Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“ und 6 Bände „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“ und vieles mehr. Schon 1932, 28 Jahre alt, konnte er auf 616 Publikationen, darunter 15 Bücher und Broschüren, verweisen.

Die vorliegende Broschüre vereint alle Vorträge, die auf dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführten Kolloquium zum 100. Geburtstag Jürgen Kuczynskis gehalten worden sind, ergänzt durch den Artikel von Georg Fülberth in der *jungen Welt* vom 17. September 2004 „Er fehlt.“ Dort heißt es: „Wenn man sich künftig an die DDR erinnert, wird man nicht nur Vollbeschäftigung, Versorgungs-

mängeln und erstaunlich viel Gleichheit die Rede sein, sondern auch davon, dass sich ein paar Leute zu ihr bekannten, die aufgrund ihrer Begabung eher auf Ungleichheit angelegt waren: nicht nur Peter Hacks, sondern auch Jürgen Kuczynski.“

Thomas Kupfermann: *Zum Teufel alle miteinander! Anekdoten über Churchill*. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2007. 125 Seiten, 9,90 Euro

Winston Churchill, am 30. November 1874 in dramatischer Eile in einem Umkleideraum zwischen abgelegten Pelzmänteln, Schals und Hüten geboren, wurde 2002 in einer Umfrage der BBC zum „bedeutendsten Briten aller Zeiten“ gewählt. Die Anekdoten zeigen ihn als einen Mann des Geistes und des Witzes, der nicht selten Freund und Gegner irritierte. Er war zwei Mal Premierminister und führte Großbritannien während des Zweiten Weltkriegs. Darüber hinaus trat er als Autor politischer und historischer Werke hervor. 1953 erhielt Churchill, der am 24. Januar 1965 verstarb, für sein historisches Werk „Der Zweite Weltkrieg“ den Nobelpreis für Literatur.

• K. SCH.



Parallel zur Leipziger Buchmesse findet auch in diesem Jahr wieder die vom Düsseldorfer Antiquar Detlef Thursch organisierte Antiquariatsmesse statt. Es handelt sich um eine Verkaufsausstellung.

Anzeigen

VERANSTALTUNGSTIPP

H. Kerzig, J. Knittel, H. Schulze
Die Kampfschwimmer der Volksmarine

Auch 50 Jahre nach ihrer Gründung noch geheim! Das Kampfschwimmerkommando-18 (KSK-18) existierte von 1958 bis 1990 nahezu unerkannt. Es wurde nie dingestzt.

256 Seiten, 24,90 Euro, ISBN: 978-3-360-01919-6

Lesung und Gespräch mit Jürgen Knittel und Horst Kerzig
»Die Kampfschwimmer der Volksmarine«
Moderation: Frank Schumann

Freitag, 14.03., 19.00 Uhr
Bürgerverein Messemagistrale,
Straße des 18. Oktober 10a
www.das-neue-berlin.de

VERANSTALTUNGSTIPP

Herbert Kierstein (Hrsg.)
Heiße Schlachten im kalten Krieg
Unbekannte Fälle und Fakten

Heute vergessen: Der Kalte Krieg war Krieg. Herbert Kierstein berichtet von der Tätigkeit der Spionageabwehr.

256 Seiten, 14,90 Euro
ISBN: 978-3-360-01089-6

Lesung und Gespräch mit Herbert Kierstein
»Heiße Schlachten im kalten Krieg«
Moderation: Michael Zock

Samstag, 15.03., 11.00 Uhr
Liebknecht-Haus, Braustr. 15
www.edition-ost.de

VERANSTALTUNGSTIPP

Hans Reichelt
Die deutschen Kriegsheimkehrer
Was hat die DDR für sie getan?

Erstarrung einer Lüge. Hat Adenauer die deutschen Kriegsgesangenen 1955 aus der Sowjetunion befreit?

224 Seiten, 14,90 Euro
ISBN: 978-3-360-01089-6

Lesung und Gespräch mit Hans Reichelt
»Die deutschen Kriegsheimkehrer«
Moderation: Michael Zock

Samstag, 15.03., 19.00 Uhr
Liebknecht-Haus, Braustr. 15
www.edition-ost.de



Wer sich an den vor Jahrzehnten im Fernsehen der DDR produzierten Film „Kleiner Mann, was nun?“ erinnert, wird enttäuscht sein, wenn er die damals junge und schöne Schauspielerin Jutta Hoffmann mit der Frau vergleicht, die ihm auf Fotos in diesem Briefband begegnet. Die in diesem Roman und dessen Verfilmung „Lämmchen“ genannte Frau und die mit Hans Fallada verheiratete Anna Ditzen sind zwei verschiedene Personen. Wie könnte es auch anders sein! Beider Korrespondenz beginnt mit einem Brief von Anna, die damals noch Insel hieß, vom 8.12.1928, nachdem sie Rudolf Ditzen in der Hamburger Loge der Guttempler, einer „Gemeinschaft alkoholfrei lebender Menschen“ kennengelernt hat, und ihn einlädt, das Weihnachtsfest in ihrer Familie zu verbringen.

Der Briefwechsel endet mit einem Brief Falladas vom 22.12.1946 aus Berlin, in dem er seinen Kindern einen Weihnachtsgruß sendet, den er mit „Dein Freund Ditzen“ unterschrieben hat, nachdem das Paar 1944 geschieden worden ist.

Weihnachten 1928 also im Zeichen der Annäherung, Weihnachten 1946 im Zeichen der Trennung. Welch eine Symbolik!

Der Herausgeber Uli Ditzen, Sohn dieses Ehepaars, hat die hinterlassenen Briefe seiner Eltern diesem Eheverlauf entsprechend in Gruppen zusammen gefasst:

Verlobung und frühe Ehezeit: 1928-1930; Annäherung und Verständnis: Januar/Februar 1931; Jahre im Frie-

„0 Fallada, der du hangest!“

den: 1932-1937; Krieg und Zusammenbruch: 1944-1946.

Als der Briefwechsel beginnt, hat Rudolf Ditzen gerade eine Gefängnisstrafe abgesessen und eine neue Stelle in Neumünster angetreten. Wenn er endet, hat er einen seiner Krankenhausaufenthalte hinter sich gebracht und nur noch wenige Wochen zu leben. In einem Telegramm von Johannes R. Becher erfährt Anna Ditzen, daß Fallada in der Nacht zum 6. Februar gestorben ist. Er ist es auch, der seinem Kollegen die Totenrede hält, in der er Fallada einen Mann „guten, aber schwachen Willens“ nennt, der in seinen letzten Wochen einen „trotlosen Anblick“ bot.

Naturngemäß zeigt das Ehestimmungsbarometer in den Briefen der ersten Jahre ein Dauer-Hoch an, und die Anreden wechseln schnell von „Lieber Herr Ditzen“ zu erfundenen Kosenamen, so daß aus Anna bald eine „Suse“ wird und der Ehemann bald als „Junge“ apostrophiert wird. Und es dauert eine Weile, ehe zum ersten Mal von Literatur (im Sinne von Lektüre) die Rede ist, eher schon von „Haushaltsgeld“ und anderen familiären Begebenheiten wie der Geburt des ersten Kindes. Die Briefe, die Ditzen seiner Frau, die sich zur Kur in Weimar aufhält, schreibt, kommen schon aus Berlin, wo er noch immer einen Gutteil seiner Zeit „im Geschäft“ verbringt, daneben aber schon den „neuen Roman“ schreiben will und nicht von ungefähr der Name

von Ernst Rowohlt fällt, seinem künftigen Verleger. Obwohl jetzt öfter Namen von Schriftstellern und Künstlern fallen, denen er in der Hauptstadt begegnet ist, ist von seiner eigenen Schreibebeit im Detail kaum die Rede, die pekuniäre Seite ausgenommen. In den Briefen, die Anna aus Weimar schreibt, fallen die Namen von Hitler und Frick ebenfalls ohne besondere politische Gewichtung. Am 13. Mai 1932 kann Fallada seiner Frau endlich vermelden, wer auf der Titelseite seines Erfolgsromans zu sehen ist: „Du!!!. D.h. Lämmchen...“

Im April 1933 dagegen bekommt Frau Ditzen Post aus dem Amtsgerichtgefängnis von Fürstenwalde/Spree, wo Fallada nach einer Denunziation einsitzt, nachdem er in Schutzhaft durch die SA genommen worden ist. Ein Brief aus Feldberg wenige Monate später kündigt an, dass Fallada für die nächsten Jahre für seine Familie ein dauerhaftes Domizil gefunden hat, wo er relativ unbehelligt schreiben kann, bevor dann sein „Absturz“ beginnt. Wie sich der vollzog, hat in jüngster Zeit ebenfalls ein Film in einprägsamer Weise gezeigt, in dem Harald Junke als Falladas „Trinker“ agierte. Nun gab es kein „Lämmchen“ mehr!

• **KLAUS SCHUHMANN**

Hans Fallada, Anna Ditzen, Wenn du fort bist, ist alles nur halb. Briefe einer Ehe. Hg. Uli Ditzen. Aufbau-Verlag, Berlin 2007. 518 S., 24,95 Euro

„Schnittstellen“ eines Lebens

Als einer, der in Zelluloid schrieb, habe ich so nach einer mir gemäßen Form gesucht, mich dem Leser mitzuteilen.“ Mit diesem Satz beschreibt der weltbekannte Dokumentarist gleich zu Anbeginn die Art und Weise, mit der er diese prägenden Jugendjahre in Bild setzt. Obwohl auf Buchseiten gedruckt, laufen sie, durch die teilweise ungewöhnliche Puzzle-Technik des Schreibers, beim Leser wie Filmbilder ab. Hier bleibt sich also einer in einem ganz anderen Medium treu. Da gibt es überraschende „Überblendungen“ und „Schnitt-

stellen“ im Text. Aber alles fügt sich am Ende zu einem intensivst beschriebenen Erleben, dem sich der Leser kaum mehr entziehen kann und auch nicht will.

Walter Heynowski ist Jahrgang 1927 und kam somit als 18-Jähriger ehemaliger Luftwaffenhelfer ins berühmte „Rheinwiesenlager“. Im 1950 von ihm verfassten Lebenslauf steht: „Im Hungerlager Bad Kreuznach, in diesen unmenschlichen Wochen, lernte ich die Amerikaner richtig kennen.“ Als Heynowski 1991 diesen von ihm geschriebenen Satz, nach Jahrzehnten, in der ihm ausgehändigten Kaderakte sieht, reflektiert er: In dieser Zeit lag ich also bereits im Schützengraben des Kalten Krieges.

Fragen stellen und sich selbst in Frage stellen sowie vor-schnelle Antworten vermeidend, das gelingt ihm hier als Schreiber ge-nauso gut wie als Dokumentarist.

Das Buch ist sehr episodisch angelegt. Dazu gehört, dass Heynowski in seinem frühen Leben dem später berühmten ZDF-Kommissar-Schreiber und Filmautor Herbert Reinecker begegnet, hier allerdings als noch jugendlicher Hauptschriftleiter des „Pimpf“, einem nationalsozialistischen Jugendblatt. Wie von einstmals ähnlichen Denkansätzen sich beide später so weit voneinander ent-



fernen konnten, das liest sich faszinierend. Heynowski holt auch Günter Grass oder Peter Weiss mit ins Boot, um deren Sichten zu reflektieren. Heynowski schildert seine Verwirrung, als Anfang der 50er Jahre die amerikanischen Emigranten Albert Norden und Gerhart Eisler in der DDR für kurze Zeit ihre Ämter verlieren.

Das Heranwachsen in der Nazidiktatur, die auf dem Fuß folgende Gefangenschaft sowie der Aufbruch nach der Katastrophe, all das wurde wahrlich schon oft beschrieben. Aber selten so überraschend wie in diesem „Filmbuch“, und das führt zu Erkenntnissen und Nachdenken beim Leser – weit über die Zeitabschnitte dieser „Zerschossenen Jugend“ hinaus.

• **MICHAEL ZOCK**

Walter Heynowski: Der Film meines Lebens: „Zerschossene Jugend“. Das Neue Berlin, 2007. 335 S., 19,90 Euro.

VERANSTALTUNGSTIPP

SOZIALE KAPITALISTEN

Hannes Koch
»Soziale Kapitalisten«
Vorbilder für eine gerechte Wirtschaft!

Hannes Koch zeigt, dass sich Profitstreben und soziale Verantwortung durchaus zum Nutzen aller verbinden lassen.

300 Seiten, 19,90 Euro
ISBN: 978-3-86789-016-8

Lesung und Diskussion mit Hannes Koch und Marli Hoppe-Ritter (Ritter Sport) »Soziale Kapitalisten«

Donnerstag, 13.03., 19.30 Uhr
IHK Leipzig
Goerdelerring 5
www.rotbuch.de

VERANSTALTUNGSTIPP

STAATSFREIND

Till Meyer »Staatsfeind«
Erinnerungen
Gegen das »System« kämpfte er mit der Waffe in der Hand – und auch im Umgang mit seiner eigenen Biografie macht er keine Kompromisse: Till Meyer, in den 70ern als Staatsfeind Nr. 1 gesucht und gejagt.

512 Seiten, 14,90 Euro
ISBN: 978-3-86789-029-8

Lesung mit Till Meyer »Staatsfeind. Erinnerungen«

Samstag, 15.03., 22.00 Uhr
die naTo
Karl-Liebknecht-Str. 46
www.rotbuch.de

... auch mal lachen dürfen

Ernst ist das Leben, heiter die Kunst. Dabei – wer hätte das besser gewusst als Schiller: Wann jemals war es keine ernste Sache, heiter zu bleiben – trotz alledem! Wir lachen! Sogar darüber, dass wir jetzt endlich zusammenwachsen, „ohne Rücksicht auf Verluste“; dass Antek, der einst bedeutende Chirurg nicht mal mehr Skalpelle verkaufen darf, sondern nur noch Holzpferdchen, dafür trojanische! Wir möchten zwar weinen, aber wir lachen ja doch darüber, wie auf der Festung Königstein ein Orden verliehen wird – das Blaue Wunder. Da schickt Jochen Petersdorf dann alle vorbei, die Rang und Namen haben wollen und auch Angela, zu der selbst Stoiber gerührt sprach:

Oh, Sie haben sehr gut agitiert!

Da sprach Angela nur: „Ach Gott,

das lernt man in der FDJot.“

Was hat der „Mehrkämpfer der heiteren Muse“ nicht schon alles gespöttelt und gespottet. Hier nun noch einmal die besten Geschichten und Gedichte.

• **MX**

Jochen Petersdorf:
Man wird doch mal fragen dürfen.
Eulenspiegel
Verlag, Berlin
2008. 96 S.,
3,90 Euro



VERANSTALTUNGSTIPP

AUTOBAHN ZUM MUTTERKREUZ

Wolfgang Wippermann
»Autobahn zum Mutterkreuz«
Historienstreif der schweigenden Mythik
Über Eva Hermanns Werte, Hitlers Autobahn und die 68er. Zur unzureichend aufgearbeiteten Vergangenheit kommt eine noch zu bewältigende Gegenwart.

128 Seiten, 9,90 Euro
ISBN: 978-3-86789-032-8

Lesung und Gespräch mit Wolfgang Wippermann »Autobahn zum Mutterkreuz«
Moderation: Moritz Kienast

Freitag, 14.03., 19.00 Uhr
Stadtgeschichtliches Museum, Neubau
Böttchergäßchen 3
www.rotbuch.de

Die vergessenen Komponisten

Das Repertoire des 20. Jahrhunderts wird in Leipzig sträflich vernachlässigt

Gäbe es das Akademische Orchester nicht, dann wäre Fritz Geißler auch dieses Jahr vom staubigen Mantel des Vergessens umhüllt geblieben. Doch Horst Förster ließ es sich nicht nehmen, wenigstens mit der Italienischen Lustspielouvertüre nach Rossini auf den bis in die 1980er Jahre nicht nur in Leipzig viel gespielten Komponisten zu erinnern. Nicht werden ger als fünf Sinfonien wurden

Von
WERNER WOLF

vom Gewandhausorchester mit starkem Widerhall uraufgeführt, zwei von den Rundfunkorchestern.

Würde nur Geißlers Schaffen von den großen Orchestern nicht mehr beachtet, könnte das als ein Einzelfall gesehen werden. Doch auch andere Leipziger und generell ostdeutsche Komponisten werden kaum noch gespielt, obwohl Werke wie die Chorsinfonie „Der Frieden“ von Karl Ottomar Treibmann (dieses für das Universitäts-Jubiläum 1984

geschaffene Werk würde sich zur 600-Jahr-Feier gut ausnehmen!), die Sinfonie „In memoriam Martin Luther King“ und die Goldberg-Passion von Friedrich Schenker heute aktueller denn je sind.

Doch während Schriftsteller, auch die ostdeutschen, ihre Verleger haben, die für die Verbreitung der Bücher sorgen, sind die Komponisten auf Interpreten und deren Beschäftigung mit neuer Musik, auch aus der Region angewiesen. Das erweist sich bei den Spitzenorchestern als problematisch, weil deren Dirigenten Chefs mehrerer Orchester und kaum noch wie etwa Kurt Masur und Herbert Kegel in einer Region verwurzelt sind. Zunehmend bestimmen Marktinteressen, zumal Schallplatten-aufnahmen und Orchesterreisen, die Werkauswahl.

Da haben die Dramaturgen erhöhte Verantwortung, bei der Programmgestaltung Dirigenten, Solisten und Raum für die Förderung der Musikentwicklung auch in der Region zu finden. Es ist gewiss verdienstvoll, wenn das Gewandhaus Wert darauf legt, mit Uraufführungen

von Hans Werner Henze und Wolfgang Rihm, zudem auch seines langjährigen Solobratschers Hans-Christian Bartel aufzuwarten. Aber es müsste - zumal sich im Januar 2009 der Todestag Fritz Geißlers zum 25. Male jährt - auch ein Werk wie die 1965 unter Ogan Durjan weithin Aufmerksamkeit erweckende zweite Sinfonie erneut erprobt werden. Ebenso dürfte die 1968 von Herbert Kegel uraufgeführte „Dritte“ (und nicht nur die) von Geißler heute noch Aufmerksamkeit erwecken - um nur zwei nahe-liegende Beispiele anzuführen. Aufschlussreich war es im Vorjahr, als das Universitätsorchester aus Interesse seiner jungen Mitglieder sich zur Aufführung eines Werkes aus der DDR-Zeit entschloss. Aus einer ganzen Reihe von Werken wählte es Günter Kochans Konzert für Orchester aus und erreichte mit großem Einsatz einen starken Widerhall.

Keine Frage: Die beiden großen Leipziger Orchester müssen, wie das unter Kurt Masur und Herbert Kegel selbstverständlich war, weltoffene Programme bieten. Aber die müssen zu-

gleich ein eigenes Gesicht besitzen. Für das Gewandhaus - wie für das MDR-Sinfonieorchester bildet die Sinfonik des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts das Rückgrat.

Doch bleibt ein Profil für die Aufführung von Werken des 20. Jahrhunderts insgesamt zu finden. Da erscheint es sträflich, wie das Gewandhaus mit dem Werk des mit Leipzig eng verbundenen Max Reger umgeht. Immerhin ist es ein erfreuliches Zeichen, wenn sich in der neuen Spielzeit Thomaskantor Georg Christoph Biller für die arg vernachlässigte Sinfonietta - in Wirklichkeit eine ausgewachsene Sinfonie - einsetzt. Doch wann sind die einst im Gewandhaus unter Arthur Nikisch uraufgeführten Konzerte für Violine wie für Klavier und Orchester von Reger (und auch die von Hans Pfitzner) zu hören? Den gewaltigen Sinfonischen Prolog zu einer Tragödie hat seit Günther Ramin noch niemand wieder im Gewandhaus dirigiert. Wäre es nicht eine dankbare Aufgabe, wenn das Gewandhausorchester nach den Klassiker-Zyklen des 19. Jahr-

hunderts alle Orchesterwerke von Max Reger für die Schallplatte einspielt?

Im Repertoire beider Orchester müssten die Sinfonien und die Gesangsszene von Karl Amadeus Hartmann als die wichtigsten deutschen Instrumentalwerke des zentralen 20. Jahrhunderts endlich einen festen Platz erhalten. Aber auch Werke von Paul Hindemith sind zu bedenken. Selbstverständlich gehört die Orchestermusik solcher Meister wie Arnold Schönberg, Alban Berg, Béla Bartók, Igor Strawinsky, Sergej Prokofjew, Arthur Honegger, Bohuslav Martinu, Frank Martin, Dmitri Schostakowitsch ins Repertoire. Doch bleibt die Musik der ihnen folgenden Generationen stärker zu beachten. Selbst die von Herbert Kegel begonnenen Henze-Aufführungen bleiben noch immer ziemlich sporadisch. In dieses zu bildende Repertoire der Musik aus jüngster Zeit gehört eben auch das umfangreiche Schaffen ostdeutscher Komponisten, aus dem Wichtiges auszuwählen und das in durchaus überregionaler Sicht weiter zu fördern bleibt.

Entdeckung



NUR EINEN STEINWURF vom Museum der bildenden Künste entfernt, ist im Neubau Böttchergässchen ein Lebenswerk zu entdecken, ein fremder und zugleich vertraut erscheinender Kosmos zu erforschen. Peter Ruta, 1918 in Dresden geboren, Sohn des Schriftstellers und Pelzhändlers Walther Franke (1890 - 1958), verlebte seine Kindheit in Leipzig und emigrierte mit seinen Eltern bereits 1923 nach Italien, um 1936 in die USA auszuwandern. Einen Großteil seiner Familie ermordeten die Nazis im KZ. Nach dem Krieg zog es Ruta ins italienischen Künstlerdorf Positano. Ende der 1960er Jahre lebte und malte er in New York, Mexiko und New Mexico. Es sind seine urbanen Landschaften von New York, menschenleer und fast kubistisch, die einprägsam sind und ihn auch in den USA bekannt gemacht haben. Gegen die Gewaltexzesse bei Friedensdemonstrationen zu Zeiten des Vietnam-Krieges setzte er 1967 sein auch in Leipzig zu sehendes Gemälde „Antikriegsdemonstrant und Polizist“, das während seiner kurzen, abgeschlossenen Pop - Art - Phase entstanden ist. Ulrike Dura, Kuratorin der Ausstellung zum 90. Geburtstag des Künstlers, zeigt in dieser Deutschland - Premiere über 70 Gemälde und Gouachen Rutas. Die Retrospektive ist in vier Ausstellungsbe-reiche gegliedert: Europa, Pop - Art, Landschaften und New Yorker Stadtansichten. Trotz der Wucht der New Yorker Straßenschluchten ist ein Blick auf die flirrenden, zarten Bilder von Rom aus den Jahren 1955, 2001, 2004 bis 2006 angeraten. Eine wahre Entdeckung.

• D. M.

Bis 13. April: Peter Ruta, Künstler-Zeitzeuge-Kosmopolit. Stadtgeschichtliches Museum, Neubau Böttchergässchen.

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

„Meine Mütter“



„Ich bin am 25. November 1942 in Riga, Lettland geboren und als Holger Mischwitzky in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen. Im Jahre 2000 offenbarte mir meine damals 94-jährige Mutter, dass ich nicht ihr Sohn sei. Sie hätte mich in Riga während der deutschen Besatzung in einem Kinderheim gefunden. Mehr sagte sie nicht.“

Die Spurensuche nach meinen beiden Müttern in Riga ist meine persönliche Geschichte. Im Jahr 2003 verstarb meine Mutter. Zuerst wollte ich nicht nach meiner leiblichen Mutter forschen, da ich eine liebevolle und tolerante Mutter gehabt hatte.

Erst später erwachte meine Neugier. Doch ohne meinen richtigen Familiennamen schien die Suche zwecklos. Durch einen lettischen Journalisten fand ich Agnese Luse, die im Staatlichen Archiv Lettlands Erstaunliches herausfand. Ebenso erstaunlich war es, dass ich in Berlin

tatsächlich meine richtige Geburtsurkunde fand. Darin stand, dass ich 1942 im Zentralgefängnis in Riga zur Welt gekommen war. Die Suche nach meiner richtigen Mutter beginnt. Werde ich sie oder ihre Familie finden? Kann ich etwas über meinen Vater herausfinden?“

Rosa von Praunheim



Fotos: Basis Filmverleih

Der Regisseur fliegt nach 63 Jahren nach Riga und begibt sich auf Spurensuche. Entstanden ist ein spannendes Stück deutscher und lettischer Zeitgeschichte.

Regisseur Rosa von Praunheim stellt seinen sehr persönlichen Film „MEINE MÜTTER“ am 7. März um 20 Uhr in der Schaubühne Lindenfels vor. Auch die kommenden Tage bleibt dieses interessante Zeitdokument in Leipzig auf dem Spielplan.

KALENDERBLATT

Vor 70 Jahren ermordet

EWALD FUNKE

Beeinflusst von seinen Eltern, hatte sich der am 30. Juli 1905 in Remscheid geborene kaufmännische Angestellte Ewald Funke frühzeitig der Arbeiterjugendbewegung angeschlossen. Er wurde Mitglied der SPD, aber aus dieser bereits 1931 wegen seiner scharfen Kritik an ihrer Tolerierungs- und Koalitionspolitik ausgeschlossen. 1932 trat er der KPD bei, immer bemüht, gemeinsam mit sozialdemokratischen Genossen gegen die drohende Gefahr einer faschistischen Diktatur zu kämpfen.

Nach der Machtübertragung an Adolf Hitler siedelte er nach Düsseldorf über, wo es ihn gelang, engere Kontakte zu oppositionellen Mitgliedern der NSDAP, Polizeibeamten und vor allem zu sozialdemokratischen Arbeitern aufzunehmen. Im April 1934 musste er in die Schweiz emigrieren, von wo aus er mit seinem Kampfgefährten Max Stingl wiederholt die Grenze nach Deutschland überschritt. Als Beauftragte des ZK der KPD tätig, halfen beide die durch Verhaftungen geschwächte Bezirksleitung der KPD in Stuttgart neu zu bilden und um eine antifaschistische Einheitsfront zu ringen. Es gelang, die Widerstandsarbeit in den Rüstungsbetrieben Bosch und Daimler zu verstärken und neue Beziehungen zu sozialdemokratischen Widerstandsgruppen und oppositionellen Katholiken herzustellen.

Im Mai 1936 nahm die Gestapo mit Hilfe des Verräters Eugen Wicker, der auch Liselotte Hermann und andere Antifaschisten auf dem Gewissen hatte, Ewald Funke und Marx Stingl auf der Doggenburg bei Gmünd fest. Nach schweren Misshandlungen wurde Max Stingl am 6. Oktober 1936 im KZ Dachau erschlagen. Ewald Funke wurde nach monatelangen Verhören am 16. August 1937 vor Gericht gestellt, das ihn wegen seiner antifaschistischen Widerstandsarbeit zum Tode verurteilte.

Trotz der Gnadengesuche angesehener Persönlichkeiten, darunter Frau Winifred Wagner und Kardinal Frings, wurde das Urteil am 4. März 1938 auf der Richtstätte im Zuchthaus Berlin-Plötzensee vollstreckt. Er starb mit dem Ruf „Es lebe der Kommunismus!“ Die Angehörigen bekamen die Rechnung für die Prozesskosten in Höhe von einigen tausend Mark. Ein Posten lautete: „Auslagen für Scharfrichter und Gehilfen 341, 20 Mk.“ Im letzten Brief an die Eltern und den Bruder schrieb er, seine Hinrichtung vor Augen: „Nächste Woche habe ich einen Tag vor mir, der mir das Herz bitter macht.“

Der Verräter Eugen Wicker wurde 1946 in Stuttgart zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, aber schon nach wenigen Wochen entlassen. • **KURT SCHNEIDER**

Vor einiger Zeit besuchte ich mit meinem Sohn den Waldfriedhof Wilmersdorf in Stahnsdorf bei Berlin, auf dem, wie wir durch Zufall im Internet erfuhren, Paul Levi (1883-1930) seine letzte Ruhe fand. Nicht weit vom Eingang entfernt, erblickten wir den für ihn errichteten Gedenkstein. Sein Grab erschien verschollen und vergessen. 1988 wurde es durch den Berliner Schriftsteller Heinz Knobloch entdeckt, was aber zu DDR-Zeiten öffentlich unbekannt blieb. Knobloch selbst wurde bekannt durch seine rührende Darstellung des Lebensweges von Mathilde Jakob (1872-1943), einer engen Vertrauten Rosa Luxemburgs und Paul Levis. Durch Kauf verhinderte Knobloch die Einebnung der Grabstätte. Der Grabstein wurde vermutlich zum 70. Todestag Levis im Auftrage der Historischen Kommission der SPD-Berlin oder des Berliner Senats errichtet. Heute ist es ein Ehrengrab der Stadt Berlin.

Paul Levis Tod am 9. Februar 1930 wurde durch einen Sturz im Fieberwahn, eine Begleitscheinung seiner schweren Lungenerkrankung, aus dem Schlafzimmer seiner Mansardenwohnung verursacht. Von dieser Wohnung aus hatte er die Lichtenstein- und die Comeliusbrücke im Blick gehabt, jener Ort, an dem die Leiche Rosa Luxemburgs von ihren Mördern des Freikorps in den Landwehrkanal geworfen worden war; immer daran erinnert, diesen feigen Meuchelmord auf dem Rechtsweg zu sühnen.

Sein unglückliches Lebensende erschütterte die gesamte sozialdemokratische Linke und nicht

Paul Levis Grabstein entdeckt



Grabstein für Paul Levi im Waldfriedhof Wilmersdorf in Stahnsdorf bei Berlin
Foto: Arndt

nur sie. „Es war der schwerste Schlag, der uns treffen konnte“, schrieben die Herausgeber des

„Klassenkampfes“ Max Adler, Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel, hatte doch

Paul Levi seit 1928 dazu gehört. Die Trauerfeier erfolgte am 13. Februar im Krematorium Wilmersdorf, dessen Halle nicht für alle Trauergäste ausreichte. Die Berliner Arbeiterschaft senkte ihre roten Fahnen. Er galt für sie als das dritte große „L“ neben Luxemburg und Liebknecht. Gekommen waren Wähler aus seinem Wahlkreis 30: Chemnitz-Zwickau, um ihrem „Paul“ zu danken. Neben Otto Braun, Wilhelm Dittmann und Paul Löbe war auch Albert Einstein anwesend, für den Levi „einer der gerechtesten, geistvollsten und mutigsten Menschen“ war. Als Fraktionssprecher sagte Rudolf Breitscheid in seiner Laudatio über den toten Genossen: Paul Levi war in keiner Form zu erpressen. Dazu war sein Geist zu universell. Er fieberte nach letzter Unabhängigkeit und stieß nicht selten an die Planken.“ Im Reichstag gedachte dessen Präsident, Paul Löbe, dem verstorbenen Abgeordneten des Hohen Hauses, der seit 1920 neben Clara Zetkin als erster Vertreter der KPD sein Mandat wahrgenommen und seit 1922 der Fraktion der USPD angehört hatte. Diese Ehrung eskalierte zum Eklat, da die Abgeordneten der KPD und der NSDAP demonstrativ den Plenarsaal verließen. Für die einen war er, 1921 als „Parteifeind“ aus der KPD ausgeschlossen, ein „Renegat“, für die anderen ein „jüdischer Novemberverbrecher“.

Für die LINKE ist es hohe Zeit, sich auf Paul Levi als Repräsentant des Linkssozialismus zu besinnen, seinen theoretischen Weitblick für den demokratischen Sozialismus zu erschließen. • **HELMUT ARNDT**

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (61)

Anlässlich des 600. Jahrestages der Schlacht bei Lucka erhielt 1907 Kleinzschocher / Neulindenu eine Diezmannstraße. 1950 wurde sie in Kurt-Fischer-Straße umbenannt, erhielt aber 1951 ihren ursprünglichen Namen zurück. Diezmann war Dietrich III., Landgraf von Thüringen, Markgraf von Meißen, der Sohn von Landgraf Albrecht II., dem Entarteten. Er war von seinem Onkel in Landsberg und Leipzig erzogen worden und besaß, ebenso wie sein Bruder Friedrich der Freidige, was so viel wie kühn heißt, Besitzungen in Sachsen und Thüringen. Als Herren des Osterlandes wohnten beide in Leipzig, wahrscheinlich in der Pleißenburg. Es war die Zeit der Raubritter, der Straßenlagerer und des Kampfes um Pfründe und Macht. Die beiden Ordnungsfaktoren der damaligen Zeit, der König und die Kirche, waren selbst in die Korruption verstrickt und stets bemüht, ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Und die Situation bei den Wettin-

nern, den Herrschern über Sachsen und Thüringen? Sie hatten durch Teilungen, Landverkäufe, Familienfehden und ungezügelter Leben ihren Besitz fast völlig verloren und drohten in die Bedeutungslosigkeit abzugleiten. Den Umtrieben Albrecht II., des Entarteten, wurde schließ-

Diezmannstraße

lich von seinen Söhnen Friedrich dem Freidigen, der auch unter dem Beinamen „der Gebissene“ bekannt ist, und Dietrich, auch Diezmann genannt, ein Ende gesetzt. Aber inzwischen war ihr Land an andere Fürsten und den König gefallen. Als sich die Brüder, die sich vorher selbst bekämpft hatten, diegen entgegenstellten, belegte sie der König mit dem Bann. Sie waren damit vogelfrei. Das scheint sich aber nicht so schnell herumgesprochen zu haben, denn die Leipziger standen zu ihnen. Da der König selbst in Böhmen „zu tun“ hatte, schickte er Heinrich von Nortenberg mit

einem Heer gegen die Wettiner. Sie dürften bei Lucka gelagert haben. Mehr wissen wir nicht. Über die folgende „Schlacht“ und die Wettinschen Truppen, wurde erst dreizehn Jahre später in einer Urkunde berichtet. Ein Wunder? Keinesfalls, denn wer außer den Mönchen und Schrift-

gelehrten konnte damals schon schreiben? Und die Wettiner hatten keine eigenen Geschichtsschreiber – zumindest damals noch nicht. Friedrich und Diezmann sammelten ihre Streitmacht in Leipzig und Groitzsch. Es dürften söldnerartige Ritter und abhängige Lehnsleute, aber auch Bürger Leipzigs gewesen sein. Warum sich letztere dazu entschlossen, ist nicht nachzuvollziehen, es sei denn, die Untaten des königlichen Heeres in Thüringen hatten sich bis Leipzig durchgesprochen. Am 31. Mai 1307 rückte die Streitmacht gegen Lucka aus und schlug die Königlichen ent-

scheidend. Diese „Schlacht“ wirft heute mehr Fragen auf als es Antworten gibt. Fehlende Quellen und die Überhöhung des Geschehens durch die Wettiner im Jahr 1907 hoben das Geschehen und die „Leistungen“ der Leipziger auf ein Podest, das ihnen wohl nicht zusteht.

Heute muss man sich fragen, wo denn die „Schlacht“ wirklich stattgefunden hat und ob es nicht etwa nur ein Hinterhalt und damit ein Gemetzel war. Wir werden es wohl niemals erfahren. Übrigens wurde im Dezember 1307 Diezmann vor dem Hochaltar der Leipziger Thomaskirche während einer Andacht erstochen, gemeuchelt. Damit herrschte bei den Wettinern wieder Ordnung – „Friedrich der Gebissene“ wurde zu einem ihrer Ahnherren. Diezmann wurde vor dem Altar im Hohen Chor von St. Pauli beigegeben. Die Leipziger errichteten ihm zu Ehren eine Holzstatue in der Thomaskirche.

• **DIETER KÜRSCHNER**

Vietnam-Veteran wird der US-amerikanische Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei John McCain in den Medien genannt. Der Begriff, auch eine Art Ehrentitel, bescheinigt dem Kandidaten die Teilnahme (als Marinestoffflieger) am verbercherischen Krieg der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam (1965–1975), bei dem vor allem aufgrund der Flächenbombardements, des Einsatzes von Napalm und des Giftstoffes Agent Orange zwei Millionen Vietnamesen (Zivilisten) umkamen. Dieser Krieg hat damals die Menschen weltweit entrüstet und zu Protesten und Widerstand, auch in der Bundesrepublik und in Westberlin, geführt. So fand am 17. und 18. Februar 1968 im Audimax der Technischen Universität Westberlin ein Internationaler Vietnamkongress statt, organisiert vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), einem Sammelbecken der Neuen Linken, an dem über 5000 Studenten aus vielen Ländern teilnahmen. Dieses Konzil war zugleich der Höhepunkt des Kampfes der Außerparlamentarischen Opposition (APO), die sich Mitte der sechziger Jahre formiert hatte und heute unter dem alles- und nichtssagenden Begriff „68er“ gehandelt wird.

Grüne für Kohl die neuen Nazis

Zur Geschichte der APO hat Jutta Ditfurth bemerkenswerte Erkenntnisse in ihrer Ulrike Meinhof-Biografie (Ullstein 2007, 479 S., 22,90 Euro) niedergeschrieben. Wer sich erinnert, Jutta Ditfurth (geb. 1951) war im Januar 1987, drei Tage vor der Bundestagswahl, mit ihrem Auftreten in der fast dreistündigen Fernseh-Elfantenrunde (übrigens die letzte!), schlaglichtartig in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt. Die damalige Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen zeigte sich in der Diskussion vor den Kameras von ARD und ZDF zu allen Themen, insbesondere Umweltschutz, Kernenergie, Gleichstellung der Frauen und Sicherheitspolitik bestens vorbereitet. Sie war ihren Kontrahenten Kohl, Strauss, Rau und Bangemann, sowie den obrigkeitlichen Moderatoren Martin Schulze und Reinhard Appel so überle-

Rechtsbeugung und staatliche Repression

Zum außerparlamentarischen Kampf der sogenannten 68er in der früheren BRD

gen, dass vor allem Kohl und Strauss („Grüne sind die neuen Nazis!“) mehrfach die Nerven verloren. Jutta Ditfurth gehörte bis zu ihrem 1991 in Protest gegen die „Rechtsentwicklung“ ihrer Partei erfolgten Austritt zum linken Flügel der Grünen. Ihm war von der bürgerlichen Presse der von „Joschka“ Fischer geprägte, diskreditierende Begriff „Fundis“ (Fundamentalisten) angehängt worden, wie J. D. schreibt. Heute arbeitet sie als freie Autorin (Sachbücher, Drehbücher, Romane), sitzt seit 2001 als Abgeordnete im Frankfurter Stadtparlament (ÖkolinX-Antirassistische Liste) und ist ein Aktivposten im außerparlamentarischen Kampf. Im Gegensatz zu anderen Protagonisten der Grünen ist Jutta Ditfurth bis heute ihren linken Auffassungen treu geblieben.

APO brutal niedergeknüppelt – Mord eingeschlossen

Sie sieht die Wurzeln der APO in der Enttäuschung vieler über die Entwicklung der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren und schreibt: „Die Unfähigkeit im Umgang mit der Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit, autoritäre Gesellschaftsstrukturen, staatliche Gewalt, Wiederbewaffnung, KPD-Verbot, NATO-Mitgliedschaft, Atomwaffen, SDS-Rauschmiss, Godesberger Programm, Vietnamkrieg, Notstandsgesetze – all das waren Gründe, weshalb viele das Gefühl hatten, durch keine der Bundestagsparteien angemessen vertreten zu werden.“ Jutta Ditfurth erinnert in ihrem Werk auch an das auf Gewalt und Schikanen setzende Agieren der bundesdeutschen Staatsmaschinerie von Polizei und Justiz in Zusammenarbeit mit einer verleumderischen Presse und nennt die dafür verantwortlichen Politiker mit Rang



und Namen, unter ihnen immer wieder Sozialdemokraten. Ins Gedächtnis wird gerufen die Niederknüppelung einer Demonstration gegen Wiederbewaffnung und drohende NATO-Mitgliedschaft und die Ermordung Philipp Müllers am 11. Mai 1952 in Essen; das Verbot der KPD und der FDJ, das Verbot einer Volksbefragung gegen Wiederbewaffnung, die damit im Zusammenhang stehende Verhaftung von 7000 Aktivisten, das Berufsverbot gegen Zehntausende im Öffentlichen Dienst und die grundgesetzwidrige Remilitarisierung der BRD im Jahre 1956; die 1957 bis 1959 geschehenen zahlreiche Schikanen gegen Linke, die zu Anti-Atom-Kundgebungen und für ein kernwaffenfreies Deutschland aufriefen; an die Säuberungsaktionen gegen Andersdenkende an BRD-Hochschulen 1960, denen auch die Ziehmutter von Ulrike Meinhof, Prof. Renate Riemack, zum Opfer fiel; die Beschlagnahme des in der DDR herausgegebenen Braunbuchs über Nazi- und Kriegsverbrecher

auf der Frankfurter Buchmesse 1967; die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch die Polizei bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in Westberlin am 2. Juni 1967; das Attentat auf den APO-Aktivist Rudi Dutschke am 11. April 1968 im Ergebnis der systematischen Hetze durch Senat und Springerpresse, das ihn außer Gefecht setzt und an dessen Folgen er 1979 stirbt; an die Auseinandersetzungen um die undemokratischen Notstandsgesetze, die schließlich am 30. Mai 1968 vom Bundestag verabschiedet werden, nachdem die SPD-Führung gemeinsam mit der DGB-Spitze einen Generalstreik gegen das Gesetzespaket verhinderte.

Mit Radikalenerlass nachgetreten

Infolge der Niederlage, aber auch aufgrund der Auseinandersetzungen um den „Prager Frühling“ spaltete sich die APO. Einige ihrer Protagonisten, unter ihnen Ulrike Meinhof, zogen angesichts der Niederlage und der wachsenden Zunahme staatlicher Gewalt die folgenschwere Schlussfolgerung, sich der Bedrohung nicht mehr waffenlos aussetzen zu lassen. Sie gingen im Mai 1970 in die Illegalität, weil sie hofften, „dass soziales Elend gleichsam von allein in revolutionäres Potential umschlagen würde, sofern es nur durch eine avantgardistische Miliz unterstützt wird“, schreibt Jutta Ditfurth. Insbesondere die widersinnigen Aktionen der RAF gaben dem

Staat den Vorwand zu einer bedeutenden Verschärfung des Sicherheitsregimes.

Am 28. Januar 1972 beschlossen die Regierungschefs der Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt den Radikalenerlass für Angehörige im und Bewerber für den Öffentlichen Dienst, auch Extremistenbeschluss genannt, in dessen Folge die berichtigte Berufsverbotspraxis des Adenauer-Erlasses wiederbelebt wurde.

Am 22. März 1972 verabschiedete die sozial-liberale Regierung das „Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit“, das den personellen und technischen Ausbau des Bundeskriminalamtes (BKA), der Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes zum Ziel hatte.

Am 22. Juni 1972, unmittelbar nach der Verhaftung von Ulrike Meinhof, verabschiedet der Bundestag das Verfassungsschutzgesetz, das die Überwachungsmöglichkeiten für den Verfassungsschutz ausdehnte und die wechselseitige Amtshilfe zwischen Gerichten und Behörden und dem Bundesverfassungsschutz einführte, und das Bundesgrenzschutzgesetz, das dem Bundesgrenzschutz umfassende polizeiliche Befugnisse für den Einsatz im Inneren einräumte.

An das alles zu erinnern, erscheint notwendig angesichts der Tatsache, dass der sogenannte internationale Terrorismus erhalten muss für die Ausdehnung und Intensivierung der Überwachungsfunktionen des Staates, wie sie auch in der BRD seit längerem angestrebt wird. Die Erfolge der Linken in der letzten Zeit werden diese Tendenzen noch verstärken. Man wird sich einiges einfallen lassen müssen, um ein erneutes und weiteres Anwachsen der antikapitalistischen Opposition zu verhindern. Die Niederschlagung der außerparlamentarischen Opposition und die grausame Rache an RAF-Terroristen wie Ulrike Meinhof, die Jutta Ditfurths beklemmend deutlich zeigen: Der Rechtsstaat zeigt keine Gnade in grundsätzlichen Fragen. Wenn es um das Eigentum geht, ist Schluss mit Christlichkeit, Verständnis, Gnade und Gerechtigkeit.

Und was den Vietnamveteranen McCain betrifft – es gibt inzwischen auch Irak-Veteranen.

• MANFRED BOLS

Seit Januar 2008 kursiert in der EU die 152-seitige Studie des „Center for Statistic & International Studies“ (www.csis.org) mit dem Titel: „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“. Die Verfasser sind die ehemaligen Generale und Militärpolitiker der NATO Naumann (BRD), Shalikhshvili (USA), Inge (UK), Lanxade (Fr) und van den Breemen (Ne). Die Autoren geben dort aus ihrer Sicht Empfehlungen, um die „Sicherheit“ der Welt, das heißt die Hegemonie des Westens, aufrecht zu erhalten. Dazu fordern sie die Schaffung eines politischen Direktorats aus USA, NATO und EU, das in „Krisensituationen“ zu schnellem Handeln in der Lage ist. Die Realisierung dieses Gremiums würde faktisch auf eine Militärdiktatur hin-

NATO:

Nuklearer Erstschlag ausdrücklich befürwortet

auslaufen.

In der Studie wird die „Anpassung des internationalen Rechts an gewandelte Bedingungen“ gefordert. Danach wäre für Kriege gegen andere Nationen keine Ermächtigung durch die UN erforderlich, wenn sie als „Schutz vor Völkermord“ deklariert werden. Sie beru-

fen sich auf ein „Gewohnheitsrecht“, das aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und den Überfällen auf Irak und Afghanistan resultiere.

Die Autoren befürworten ausdrücklich den Ersteinsatz von Kernwaffen, wenn die weltweite Dominanz des Westens in Frage gestellt werden sollte. Sie sind sich dabei im Klaren, dass eine solche Eskalation nur durchführbar ist, wenn sie die Zustimmung der Bevölkerung findet und drohen mit entsprechenden Zwangsmaßnahmen gegen öffentliche Kritik, wenn dadurch die militärische Bereitschaft leiden sollte – den Tatbestand der Wehrkraftersetzungs hatten wir in Deutschland schon einmal.

• HELMUT ULRICH

Zumindest war es noch am 25. Februar kein Problem für die Bundeswehr, auch 16-Jährige in Afghanistan an Waffen auszubilden, damit sie „in nicht allzuferner Zukunft“ dann „an vorderster Front“ stehen könnten, wie es begeistert in einem Beitrag vom 2. Februar dieses Jahres auf der Homepage www.bundeswehr.de heißt.

Paul Schäfer, Bundestagsabgeordneter der LINKEN fand ihn und forderte namens seiner Fraktion, die Ausbildung Minderjähriger sofort einzustellen. LN fand diesen Beitrag auch, lud ihn herunter, aber schon am 29. Februar reagierte der Rechner politisch korrekt: Die Webseite kann nicht angezeigt werden.

Aber diese Schwärmerie darüber, dass die Ausbildung sogar bei jenen klappt, die nicht lesen und schreiben können ... (warum bringt man ihnen das nicht als wirkliche Überlebenshilfe bei?), darf nicht einfach im Nichts verschwinden. LN druckt, was die Bundeswehr wohl lieber nie gesagt hätte (leicht gekürzt):

Mazar-e Sharif/Potsdam, 08.02.2008

Bett an Bett, etwa 50 Doppelstockbetten fasst das schlauchartige Gebäude. Die Bezüge zeigen amerikanisches Tammuster, ebenso wie die Uniformen derer, die bis vor kurzem noch in ihnen lagen. Es ist 6.30 Uhr und noch steht die Sonne hinter den Bergen. Für die Rekruten des 209.

Kindersoldaten – kein Problem für die Bundeswehr?

Oder: Das wundersame Verschwinden eines Beitrages auf der Bundeswehr-Internet-Seite

Korps der Afghanischen Nationalarmee (ANA) hat der Tag vor einer Stunde begonnen. Sie drehen gerade ihre erste Camprunde – wie jeden Morgen im Soldier Training Kandak.

Aus ganz Afghanistan sind sie gekommen, um in zehn Wochen grundlegend ausgebildet zu werden. Diese Aufgabe übernehmen Soldaten des Kabul Military Training Centers.

Sie werden viel zu lernen haben und ab Mitte Februar auf die verschiedenen Einheiten des Shaheen-Korps, das für den Norden Afghanistans zuständig ist, aufgeteilt werden.

Bis es soweit ist, haben sie eine militärische Ausbildung absolviert, die zumindest inhaltlich mit der Grundausbildung in Deutschland zu vergleichen ist, im Wesentlichen jedoch dem Bildungsstand der Rekruten angepasst werden muss. „70 Prozent aller Rekruten haben nie eine Schule besucht. Nur wenige können

schreiben oder lesen“, berichtet Hauptmann Peter G.

G. ist als Mentor für den Kompaniechef der ersten Ausbildungskompanie Teil des deutschen Operational Mentoring and Liaison Teams. Er kennt die Rekruten seit dem ersten Tag, war bei der Ausbildung dabei, hat beobachtet, beraten und hin und wieder selbst mit angepackt.

„Entscheidend für die Ausbildung und noch wichtiger als in Deutschland sind vor allem die praktischen Anteile. Theoretisches Wissen lässt sich hier nur begrenzt vermitteln. Es ist einfach zu abstrakt für Menschen, die Lernen nie gelernt haben“, erklärt der Luftwaffeninfanterist den Ausbildungsansatz.

An diesem Vormittag steht Waffenausbildung auf dem Ausbildungsplan. Es ist nicht die erste Ausbildung dieser Art und die ANA-Rekruten haben ihre Fertigkeiten mitunter erheblich steigern können. Dabei ist es durchaus von Vorteil, dass



Waffenausbildung auch für 16-jährige Afghanen

Foto: www.bundeswehr.de

der ein oder andere schon militärische Vorkenntnisse hat. So ist die Altersspanne breit. Der Jüngste ist gerade 16 Jahre alt, die Älteren bereits Mitte Dreißig und einige von ihnen haben schon in der Nordallianz gegen die Taliban gekämpft. „Die älteren Soldaten sind vor allem ruhiger und beherrschter als ihre jungen Kameraden. Sie haben durchaus konkretere Vorstellungen von dem, was sie erwartet und geben ihre Erfahrungen weiter“, fasst G. zusammen.

Die Sonne steht an diesem Tag hoch am Himmel, als die KMTC-Ausbilder den ersten Ausbildungsblock dieses Tages beenden. Kurz darauf drängen die etwa 200 Rekruten der ersten Ausbildungskompanie in das eigens für das Soldier Training Kandak errichtete Speisehaus. Suppe, Brot, Fleisch, Reis, Gemüse und Obst stehen auf dem Speiseplan. Danach haben sie Pause und viele werden sie zum Bett nutzen, wie es ihre Religion vorsieht.

Wer meint, in Bananenstaaten müssten nebst der notwendigen Abhängigkeit von den USA auch unbedingt Bananen wachsen und Schurkenstaaten müssten nebst Schurken auch eine einschlägige Anerkennung durch die USA haben, irrt wahrscheinlich heute schon – auch wenn uns das DUDEN-Universalwörterbuch von 2006 noch einreden will. Da bezeichnet z. B. ein SPD-Finanzexperte Liechtenstein als „Schurkenstaat“ und der oberste Schweizer Bankier gibt gar nicht faul zurück, indem er deutsche Steuerfahnder mit der Gestapo vergleicht. Gesagt ist gesagt, daran ändert auch die nachträgliche Entschuldigung nichts.

Seit drei Wochen haben wir einen neuen Staat in Europa, das Kosovo. Er exportiert keine Bananen. Wohl aber ist er zu 100% von fremdem, nicht zuletzt US-amerikanischem Kapital abhängig. Vielleicht müsste man ihn der sachlichen wie sprachlichen Exaktheit wegen „Melonenstaat“ nennen, ein Unterschied zu Bananenstaaten wird daraus aber nicht. Und wenn Belgien noch auseinander fallen sollte – immerhin bringt man dort seit einem dreiviertel Jahr keine Regierung zustande – dann haben wir noch zwei „Pommes-Staaten“ in Europa.

Soweit zu den Bananen und ihre möglichen Ersetzungen. Und die Schurkereien? Gerade mal ein paar Stunden nach der Anerkennung des Melonenstaates dringt die Türkei in den Irak ein, um ein Volk gewaltsam zu bekämpfen, das seine Freiheit und seinen eigenen Staat will. Das Recht der Kosovaren soll für die Kurden nicht gelten. Zugleich unterstützt die Türkei – jetzt unter Berufung auf die gleichen Rechte wie die Kosovaren – seit vielen Jahren einen türkischen Staat auf Zypern, den außer ihr noch

Von Melonen statt Bananen, von Pommes, Schurken und Staaten



niemand anerkennt hat. Beides destabilisiert die Region beträchtlich, was Staaten nach der Meinung der USA und der EU eben zu „Schurkenstaaten“ macht.

In Österreich wiederum gibt es angesichts einer Flut von Skandalen in den verschiedensten Behörden und Institutionen den immer öfter öffentlich geäußerten Verdacht, man wäre zur „Bananenrepublik“ geworden. Der Kampf um die Macht der in einer Koalition ver-

Bestechliche Polizeipräsidenten, Absahner beim Kauf umstrittener Eurofighter, ein Mordanschlag auf einen Bürgermeister mit Hilfe von Schokoladenbonbons beherrschen unter anderem die öffentliche Debatte. Und kürzlich kam Ungeheuerliches hinzu: Der beleidigte, weil geschasste Chef des Bundeskriminalamtes packte aus über Machtmissbrauch im Innenministerium. Dort wurde angeblich in höchstem Auftrag im Wahlkampf 2006 fleißig Material gegen die SPÖ gesammelt und zugleich dafür gesorgt, dass Informationen über gravierende Ermittlungsspannen im Fall der Entführung von Natascha Kampusch bis nach der Wahl unter Verschluss gehalten wurden. Denn das hätte der ÖVP schaden können. Was soll aber auch aus einem

Land werden, so müssen brave Deutsche von links bis hinter die rechte Mitte sich jetzt fragen, wo Kommunisten in einem Landtag sitzen und niemand sich an Zusammenarbeit mit ihnen stört?

Sächsinnen und Sachsen denken allerdings, alles schon mal gehört zu haben, wenn just in Wahlkämpfen aufgedeckt und vertuscht wird oder wenn interne Kommissionen angeblich erst einmal aufklären

müssen und parlamentarische Untersuchungsausschüsse verhindert werden. Wir Sachsen sind da vielen voraus und wir mausern uns auf weiteren Gebieten zum europäischen Vorbild. Wer Milliarden an Steuergeldern nicht hinterzogen, sondern verzockt hat, ist kein Schurke. Er darf sich hinter bereits abgehalfterten Bankdirektoren und einem zurückgetretenen Finanzminister verstecken, soll Ehrenmann bleiben und sogar Ministerpräsident. Solch einer protzt bei jeder Gelegenheit mit der Tatsache, dass Sachsen die geringste Pro-Kopf-Verschuldung unter den Neuen Bundesländern hat, verschweigt aber, dass wir dafür die höchste Verzockungsquote pro Kopf verzeichnen. Haben wir statt der 1990 versprochenen und ersehnten Bananen vielleicht auch nur einen Bananenstaat bekommen?

Lasst uns jedoch nicht jammern, sondern die Franzosen beneiden. Sie haben ihren Sonnenkönig wieder, die Weibergeschichten inklusive. So ein Sonnenkönig darf doch wohl im Tschad ein wenig intervenieren, ohnehin mit europäischer Unterstützung, auch mit der des neutralen Österreich. Frankreich hat schließlich blamable Scharten auszuwetzen. Von dort hinterließ uns ein Kampfflieger, der, statt andere abzuschließen, sich lieber selbst mit seinem Flieger ins Meer fallen ließ, die Geschichte von einem richtigen Weichei, genannt „der Kleine Prinz“. Und in Kampfeinsätze schickten sie ihre Fremdenlegion. Da sind die Briten von anderem Fleisch. Deren kleiner Prinz hat sich jetzt in Afghanistan ausgezeichnet. Dreißig Taliban hat er nach zehn Wochen auf dem guten Gewissen – ein Held, kein Schurke. Vier Tage nicht geduscht, die Kleidung seit einer Woche nicht gewechselt, was seiner Meinung nach normal ist – ein Held und kein Obdachloser. Von Bananen, Melonen und Pommes hat man nichts gehört. Die Verpflegung soll aber gut sein.

• PETER PORSCH

Selbstbewusst und unter einem ungewöhnlich starken Journalistenaufgebot versammelten sich am 23./24. Februar 171 Delegierte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland im südwestdeutschen Mörfelden-Walldorf zu ihrem 18. Parteitag. Vertreter von 25 ausländischen Parteien sowie von 18 fortschrittlichen Organisationen aus Deutschland sprechen für das gewachsene Interesse an den deutschen Kommunisten. Ungewöhnlich für hiesige Verhältnisse war dann allerdings schon, dass der SPD-Bürgermeister die DKP herzlich in seiner Stadt begrüßte und ihr insbesondere ans Herz legte, sich die Zeit zu nehmen und auch die Denkmale der Arbeiterbewegung in der Stadt zu besuchen. Stolz berichtete er, dass es im hessischen Landtagswahlkampf in Mörfelden-Walldorf gelungen sei, einen NPD-Aufmarsch zu blockieren, so dass dieser abgebrochen werden musste. Fast parallel zum DKP-Parteitag beging die Leipziger Gruppe der DKP am 25. Februar ihren 10. Gründungstag. Dieses Ereignis kommentierte LEIPZIGS NEUE damals in einem Interview mit dem Vorsitzenden Karl-Heinz Reinhardt kurz und knapp: „Prinzipientreu und außerparlamentarisch“. Das sei auch heute noch aktuell, meint sein Nachfolger Bernd Neudeck. – Mindestens zwei Gründe also für ein neues Gespräch mit diesen beiden Kommunisten.

‘ **LN:** „Damit ein Linksruck Wirklichkeit wird“, benötigt dieses Land eine starke kommunistische Partei, forderte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr in seiner Rede auf dem 18. Parteitag und bekannte sich – trotz alledem muss man jetzt ja schon sagen – zu einer „solidarischen Kooperation“ mit der LINKEN. Für deren Cottbuser Parteitag in drei Monaten ist jedoch ein Antrag angekündigt, der, würde er angenommen, jegliche Zusammenarbeit mit der DKP unmöglich macht.

Bernd Neudeck: Noch ist mein Vertrauen in die Linkspartei so groß, dass ich mir einfach nicht vorstellen kann, ein antikommunistischer „Unvereinbarkeitsbeschluss“ könnte eine Mehrheit bekommen. Nicht nur die Kommunistische Plattform, auch große Teile der Basis werden sich nicht für die Übernahme antikommunistischer Maßstäbe hergeben. Das würde ja bedeuten,

dass sich die LINKE vollends dem neoliberalen Zeitgeist beugt. Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform sagte es auf unserem Parteitag deutlich, es gibt keinen „linken Antikommunismus“. Und noch etwas Prinzipielles: Dass der Versuch, in der DDR eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, gescheitert ist, verlangt, Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Die bestehen aber nicht darin, sich den in diesem Land herrschenden ideologischen Denkschablonen zu beugen. Die DDR war jahrzehntelanges Vorbild für soziale Leistungen – von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, den gleichen Bildungschancen für alle,

kommunismus DKP-Mitglieder mit Mehrheiten in gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretungsorgane gewählt wurden und werden. Nicht zuletzt, weil dort aktive Betriebsgruppen der DKP und sehr viele betriebliche und örtliche Zeitungen ausstrahlen, die Klartext über die Barbarei des Kapitalismus sprechen. Diese traditionelle Verbundenheit, die auch die 12 Jahre Illegalität der KPD überlebt hat, muss sich nicht immer in Mitgliedschaften niederschlagen. Wer alle zwei Jahre den Massenandrang beim Pressefest unserer Zeitung UNSERE ZEIT im Ruhrpott erlebt, spürt die Sympathie, spürt viel programmatische Verbundenheit –

Bernd Neudeck: In Hamburg machte das am Wahlabend ja auch die linke Spitzenfrau sehr deutlich. Sie nannte Opponieren – die solidarischen Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatz-, Sozial- und Demokratieabbau und natürlich gegen die militaristische Kriegspolitik – eine ebenso ernsthafte und wichtige Sache wie das Regieren selbst. Natürlich bedarf es dazu einer starken außerparlamentarischen Bewegung, die mehrheitsfähig in der Bevölkerung wirkt, was schließlich – als Fernziel – tatsächlich zu einem Politikwechsel führen könnte.

‘ **LN:** Viele fragen sich, warum die DKP, die das Rad der

stiz der BRD.

Zum zweiten: 1990 gab es ein Angebot an die DKP, mit der Kommunistischen Plattform der PDS zu fusionieren. Nach inhaltlich sehr konsequenter Diskussion wurde das abgelehnt. Schon damals war abzusehen, dass wir uns in wesentlichen Grundsätzen unterscheiden, auch weil wir konsequente Träger einer sozialistischen Zukunftsvision sind, die auf wissenschaftlicher, auf marxistischer Grundlage beruht. So eine Partei links von der LINKEN, die an ihrem gesellschaftsverändernden Ziel des Sozialismus festhält, wird gebraucht.

Karl-Heinz Reinhardt: Eines ist gewiss, die Mächtigen in Politik und Wirtschaft kannten und fürchteten beizeiten den Einfluss, den die kleine DKP auf das Denken und Fühlen der Menschen ausübte. Eine wütende Reaktion darauf war der Radikalerlass, den ausgerechnet eine SPD-geführte Bundesregierung unter Willy Brandt initiierte und der Tausenden Menschen (nicht nur Kommunisten, auch Sozialdemokraten einer erneuten antikommunistischen Welle Berufsverbote einbrachte. Bis heute ist dieser gerade für Deutschland schändliche Erlass nicht aufgehoben. Diese Tatsache darf nicht vergessen werden, wenn es um die Bewertung der Entwicklung der DKP geht.

‘ **LN:** Noch ein Wort zur DKP Leipzig, die nun ihren 10. Geburtstag hat ...

Bernd Neudeck: Wir sind in Sachsen die mitgliederstärkste DKP-Gruppe und halten sozusagen die rote Fahne hoch. Wir bieten marxistische Schulung nicht nur für unsere Mitglieder, was ja nicht zu unterschätzen ist in dieser schier bildungsresistenten Zeit. Wir sind massiv vor Ort, wenn es gilt, Nazis in unserer Stadt den Weg zu versperren. Wir treten energisch auf gegen Kriegseinsätze der Bundesregierung und tragen unsere Proteste gegen die Bush-Kriegspolitik bis dicht vors US-Konsulat, so sehr sich die Herren und Damen auch verbarrikadieren. Wir marschieren ganz vorne bei Aktionen zur Abschaffung von Hartz IV ... Wenn uns auch die traditionelle Verankerung in Betrieben und Einrichtungen fehlt, wie sie westdeutsche Genossen haben, unser Wirken in vielen Initiativen, Friedensgruppen und auch in Gewerkschaften wird registriert.

Ausdrücklich sei auch gesagt: Wir haben immer einen guten Faden mit der örtlichen PDS gesponnen und sind sicher, auch mit der Linken wird sich da nichts ändern. Wir demontieren uns nicht gegenseitig, so sehr unsere Gegner das derzeit – hier und da schon erfolgreich – zu provozieren versuchen.

Das Gespräch führte
• MAXI WARTELSTEINER

Die Leipziger DKP ist zu erreichen:
04252 Leipzig, PF 301 274

Wir bleiben systemkritisch und antikapitalistisch

LN im Gespräch mit zwei Leipziger Funktionären der DKP

der kostenlosen Gesundheitsvorsorge bis zur weitgehenden Gleichberechtigung der Frauen. Gar nicht zu sprechen von ihrer friedenssichernden Rolle und ihrer solidarischen Unterstützung der Völker der sogenannten Dritten Welt. Dieses humanistische Erbe lassen wir nicht kaputtreden.

Karl-Heinz Reinhardt: Was den Ausgangspunkt dieser verschärften antikommunistischen Hysterie der bürgerlichen Presse betrifft, für den die Landtagsabgeordnete Christel Wegner und ihre angeblichen „Stasi“-Äußerungen herhalten musste, so haben die ausländischen Parteitagsgäste eine Erklärung verabschiedet, in der sie unserer Genossin ihre Solidarität aussprechen. Wörtlich heißt es da: „In den meisten unserer Länder ist es normal, dass Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten vertreten sind. Wir hoffen, dass dies auch in Deutschland normal wird.“

Deshalb begrüßen auch wir Leipziger Kommunisten, dass Christel Wegner ihr Mandat als Fraktionslose wahrnehmen will, immerhin hat sie nicht wenige Wählerstimmen mitgebracht. Leicht wird das nach dieser Hetzjagd allerdings nicht für sie.

‘ **LN:** Kommen wir zum „Linksruck“ zurück. Die SPD hat ihn gewiss nicht erlebt. Aber es gibt ja nun die LINKE als inzwischen auch beachtete parlamentarische Kraft. Was kann neben ihr die kleine DKP noch ausrichten?

Bernd Neudeck: Erst einmal, mitgliederstark sind wir bestimmt nicht. Da hat die heilige Hetzjagd auf Kommunisten vom KPD-Verbot bis zum Radikalerlass das ihre getan. Dennoch sollte man nicht unterschätzen, dass in der alten Bundesrepublik trotz des allgegenwärtigen Anti-

zunehmend auch von jungen Leuten, denen eben nicht mehr einzureden ist, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gäbe, so wie es der angebliche Sozialdemokrat Schröder behauptet.

K.-H. Reinhardt: Was die LINKE betrifft, natürlich ist es für dieses Land enorm wichtig, dass gegen die allgemeine Entwicklung nach rechts eine massive linke Kraft entsteht, die es nun schon in zehn Landesparlamente geschafft hat. Darüber freuen wir uns. Allerdings ist die LINKE, wie unser Parteivorsitzender Heinz Stehr kürzlich in einem Interview für die junge Welt sagte, eine linksreformistische Partei, die für die Hoffnung auf einen lediglich gezähmten Kapitalismus steht. Revolutionäre Veränderungen, ja nicht einmal Vergesellschaftungen von Großkapital und Banken, wie es sogar das Grundgesetz nicht ausschließt, sind von dieser Partei nicht zu erwarten. Sie füllt den Platz aus, den die SPD auf ihrem dramatischen Weg in die „Mitte“ links freigemacht hat.

‘ **LN:** Mitregieren, so die DKP-Meinung, bringt nichts, wenn ich Sie richtig verstehe?

K.-H. Reinhardt: Dass Linke hier und heute parlamentarische Mehrheitsverhältnisse verändern und selbstständig Politik gestalten können, ist so illusorisch wie an eine geläuterte SPD zu glauben. Regierungsbeteiligungen wie in Berlin haben der PDS bzw. der Linkspartei, eher geschadet. Sie führten zu Glaubwürdigkeitsverlusten linker Politik. Ich nenne als besonders schlimmes Beispiel nur den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft in Berlin unter Mitverantwortung der damaligen PDS. Da wurden auch enorm wichtige Verbündete bei den Gewerkschaften verschreckt.

Geschichte gewiss nicht vorwärts drehen kann, so auf ihre Eigenständigkeit pocht, nicht beispielsweise in der Kommunistischen Plattform der Linkspartei aufgeht?

Bernd Neudeck: Vorweg: 1956, nur elf Jahre nach dem Faschismus, wurde in der BRD die KPD, verboten, wurden selbst Kommunistinnen und Kommunisten, die für ihren herausragenden antifaschistischen Widerstand in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern der Nazis gelitten hatten, erneut angeklagt und manche von ihnen zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Die Wirkungen des KPD-Verbots waren verheerend für notwendige Politisierungsprozesse in der jungen Bundesrepublik Deutschland. Der Antikommunismus uferete aus zur Diskriminierung jeder ernsthaften Gesellschaftskritik. Dennoch, die KPD verschwand nicht, sie sammelte sich in der Illegalität und kämpfte für ihre Legalität. 1968, als Studenten und junge Arbeiter verkrustete alte und neue Nazistrukturen der BRD aufzubrechen versuchten, konnte sich mit der DKP endlich wieder eine kommunistische Partei konstituieren. Das eigentliche Ziel, das Verbot der KPD aufzuheben, scheiterte – bis heute. Es hätte schließlich bedeutet, Zehntausende verfolgte, verurteilte und gesellschaftlich diskriminierte Kommunistinnen und Kommunisten der BRD zu rehabilitieren. Es hätte auch bedeutet, nicht unerhebliches Parteieigentum wieder zurückzugeben. Das war in diesem antikommunistischen Staat undenkbar.

In diesem Zusammenhang hat die DKP als eigenständige Partei auch eine historische Verantwortung gegenüber den Opfern von Krieg und Faschismus und den Opfern des Kalten Krieges, der politischen Gesinnungsju-



Von
**KLAUS
HUHN**

Jeden Tag wirbeln unzählige Sportnachrichten durch den Internet-Äther und viele darunter, die mehr als eine Kommentar-Zeile verdienen. Zum Beispiel: Die Firma, die mit der Tour de France jedes Jahr Millionen verdient, arrangiert auch noch ein paar andere Rennen und liegt seit langem in Fehde mit dem Internationalen Radsportverband UCI. Dem nämlich liegt der Radsport ein wenig mehr am Herzen als das Geld, das sich damit verdienen lässt. Die Tour-de-France-Firma hatte den kasachischen Rennstall Astana schon zu Beginn des Jahres 2008 von der Tour ausgeschlossen. Würde ich versuchen wollen, die Hintergründe dieses Schritts aufzuhellen, müsste LN doppelt so umfangreich sein. Also begnügen wir uns mit der Feststellung: Intrigen, die mit viel Geld zusammenhängen.

Wie schon erwähnt: Solche Nachrichten stapeln sich täglich und müssten eigentlich in der Börsenrubrik platziert werden. Für die bin ich nicht zuständig und deshalb wende ich mich einem Thema zu, das mir am Herzen liegt. In der letzten LN-Ausgabe hatte man mir herzlich zum Geburtstag gratuliert, drei Tage nach mir hatte ein Leipziger Geburtstag und der verdiente mindestens so viel Glückwünsche wie ich: Klaus Köste. Der war – wer wüsste das nicht? – 1972 Turn-Olympiasieger in München geworden und hatte damit auch dafür gesorgt, dass einmal mehr die Hymne der DDR an der Isar gespielt werden musste; eine Hymne, deren Abspiel bis kurz vor den Spielen unter bundesdeutscher Strafe stand. Als Täve in den Bundestag gewählt wurde, waren Köste und ich seine „persönli-

chen Mitarbeiter“ und das Trio hätte durchaus auch eine Medaille verdient. Als nun der 65. Köstes gefeiert wurde, war Täve natürlich unter den Gästen und weil das Trio immer noch funktioniert, schickte er mir von der Party einen interessanten Brief, den ihm dort jemand in die Hand gedrückt hatte. Und damit wäre endlich erklärt, welches Thema ich heute behandle.

Es geht um einen Brief, den ein radsportbegeisterter Schotte an das Kleinmühlinger Friedensfahrtmuseum schickte und in dem er mitteilt, wie seine Sympathie für dieses Rennen entstand. Ein wirklich lesenswerter Brief, weil er bezeugt, obwohl

der zusammen mit dem berühmten polnischen Journalisten Bogdan Tuszynski ein Buch ueber die Friedensfahrt geschrieben hatte. Seitdem habe ich viel ueber die Friedensfahrt gelesen und viel gesammelt. Dabei bin ich auch auf folgenden Bericht ueber Sandy Gilchrist gestossen. 1972 hatte er das erste Mal an der Friedensfahrt teilgenommen. Auf der Etappe, die von Berlin nach Magdeburg führte, war er unweit von Magdeburg gestuerzt. Der britische Mechanikerwagen war nicht in der Nähe und ein Junge am Straßenrand lieh ihm sein Rad. Sandy konnte also weiter fahren und bedeutete dem Jungen mit einer Geste, dass er ins Stadion kommen solle, damit er ihm sein Rad zurückgeben könnte. In einem Begleitfahrzeug gelangte der denn auch ans Ziel, wohin Sandy die letzten 8 Kilometer mit dem geliehenen Tourenrad gefahren war. Sie trafen fast zur gleichen Zeit im Stadion ein und die britische Mannschaft lud den Jungen zur Belohnung für seine Hilfe zum Abendessen am Tisch der

Sportkolumne

Grüße eines Schotten

das Rennen in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gefördert wird, es dennoch nicht in Vergessenheit gerät.

Lesen Sie mal:

„Als kleiner Junge habe ich Anfang der 70er Jahre angefangen, Rad zu fahren. Ganz in der Nähe meiner Wohnung in Edinburgh befand sich ein Radladen. Eigentümer war ein gewisser Alexander Gilchrist und der hat mir eines Tages erzählt, was er bei dem grossen Rennen im Osten, dem Peace Race erlebt hatte. Alexander Gilchrist (wir Schotten sagen ‚Sandy‘ Gilchrist) redete nicht nur ueber die Härte dieses Rennens, sondern auch ueber den freundlichen Empfang im Osten.

Für mich war es damals unmöglich die Friedensfahrt zu erleben, aber jedes Jahr im Herbst organisierte man das schottische Milk Race, an dem viele Friedensfahrer teilnahmen. Damals war das schottische Milk Race die letzte Vorbereitung für die bevorstehende Strassen-Weltmeisterschaft. Dort habe ich jedes Jahr viele Friedensfahrer bewundern koennen. Viele Jahre später habe ich angefangen Friedensfahrt-Utensilien zu sammeln, vor ungefähr fünf Jahren hatte ich Kontakt mit einem polnischen Journalisten – Daniel Marszalek,

Mannschaft ein. Der Junge hieß Holger Trenck und hatte kurz zuvor die Kleine Friedensfahrt in Biederitz gewonnen.

In dem Sonderheft der ND-Reportagen *Das war die XXV Friedensfahrt* gibt es auf Seite 4 ein Foto von Sandy Gilchrist und Holger Trenck am Tisch.

Leider schied Sandy Gilchrist auf der Unwetter-Etappe von Gera nach Karlovy Vary aus. Vor kurzem habe ich auch Stan Brittain gesprochen, er wohnt noch in Liverpool und sagte mir, dass es ihm gut gehe und er zuweilen am Wochenende noch Rad fährt. Alf Butler, der oftmalige englische Mannschaftsleiter und Mechaniker aus den 50-er und 60-er Jahren, habe ich auch gesprochen, er denkt gern an die vielen Freunde. Jetzt will ich den letzten englischen Träger des gelben Trikots treffen. Er heisst Phillip Griffiths und trug das Trikot einen Tag im Jahr 1973.

Jetzt wissen Sie, woher meine Begeisterung für die Friedensfahrt stammt.“

Und nun wissen das auch die LN-Leser!

Und ich bilde mir ein, eine lesenswerte Nachricht verbreitet zu haben! Keine Ostalgie, keine Nostalgie sondern Peaceraacealgie!

rosa luxemburg

Die offizielle Broschüre der

XIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2008

Klasse für sich.
Partei für alle?

Mit allen Redebeiträgen und Grußbotschaften der Konferenz, der Podiumsdiskussion zum Nachlesen, einer Medienschau, einigen Beiträgen zum Thema aus der jungen Welt sowie einem Exklusivbeitrag (ca. 50 Seiten, viele Fotos).

Inklusive der offiziellen DVD zur Konferenz 2008 mit ca. 30minütigem Trailer zur Konferenz 2008 und etwa 20 Minuten mit Ausschnitten aus den Konferenzen 2005, 2006 und 2007

Broschüre und DVD zusammen für nur 7,60 €
(zzgl. Versandkosten)

Jetzt bestellen
(Auslieferung ab Ende März 2008)

jungeWelt

Jetzt bestellen!

Ich bestelle von der Broschüre zur XIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2008 inklusive DVD zum Preis von je 7,60 € zzgl. Versandkosten zu nach: 0 bis 138 € zu nach: 15 bis 138 €, ab 138 € bis 200 €

Exemplare

Gesamtsumme: Euro

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Land:

Telefon:

E-Mail:

Ich erkläre Sie hiermit, den Betrag vollständig vor meinem Konto abgebucht (Bausatz erfolgt erst nach Auslieferung)

Geldkonto:

Kontonummer:

Konto-Nr.:

Bank für Kontonummer:

Bitte drucken Sie diesen Auftrag & Ihre Karte, Transaktion & RFP Berlin oder faxen Sie 0 30 51 61 10 44

In meinem familiären Umfeld waren zwei Zeitarbeiter, die beide Ende vergangenen Jahres auf die Straße gesetzt wurden, obwohl sie in gut dastehenden Firmen schafften. Der Marktleiberger Metallhandwerker (50) wird seit 17 Jahren von Firma zu Firma geschickt, mal da ein paar Monate, mal dort ein paar Wochen – in ganz Deutschland. Stets mit deutlich weniger Lohn als die Stammlaute. Ihm graut es, bis zu Rente unter diesen Umständen der fliegenden Wechsel als Manövriermasse zu dienen. Nein, er wünscht sich dieses Zeitarbeitsdiktat wahrlich nicht.

Aufschwung mit Zeitarbeit

Der zweite ist ein junger Autoschlosser (22), der nach seiner Ausbildung im letzten Sommer über Zeitarbeit einen Job am Fließband bei der „Weltfirma BMW“ erhielt. Eine Knochenarbeit, über die er glücklich war, obwohl er 200 Euro weniger erhielt als die Festangestellten. Zu seinem Entsetzen erhielt er kurz vor Silvester die Papiere. Er lebt mit seiner Freundin und den kleinen Zwillingen zusammen. Der Rausschmiss

traf beide wie ein Donnerschlag. Was ist „Herdprämie“ für ein bescheidenes Unwort. Ich hätte bessere Vorschläge: Kanzlerin: „Die Zeitarbeit hat sich bewährt“. Tiefensee: „Der Aufschwung ist im Osten angekommen“. Ich wünsche Frau Merkel ein paar Hundert hin- und hergehetzte und entlassene Zeitarbeiter bei ihrem nächsten Auftritt.

JOACHIM SPITZNER, LEIPZIG

Klare Worte

Herzlichen Dank für die ganzen Inhalte der in der heutigen LN (4'08). Die LN verbreite ich immer noch sehr gern, denn alle Artikel sind sehr gut. Der Artikel „Rufmord“ ist so, als hätte ich das geschrieben. Das sage ich mit 58-jähriger Mitgliedschaft.

Danke! Denn die ewige Uneinigkeit der Linken war immer unsere Niederlage.

Da ich auch Tüve, Dr. Blaurock und Dr. P. Franke kenne, freue ich mich über deren Zuschriften.

HEINZ LIER, LEIPZIG

Zu LN 3'08: „DDR-Schule, Judentum ...“

Stolz macht das nicht

Leipzig ist seit 1953 meine Heimatstadt. Und das macht mich nicht gerade stolz. Die Leipziger Obrigkeit meldete dem „Führer“ als erste Stadt in Deutschland: „Leipzig ist judentreu!“

Und ich habe den Eindruck, es gibt noch einige altgedenkende Alte, die leider heute wieder Nachwuchs haben.

HERBERT GRUNIA,
LEIPZIG

Da wird selbst Steueraffäre zur Satire

Es ist mir einfach zu billig: Eine unfähige, aber raffinierte Bundesregierung treibt jeden Tag eine andere mediale Sau durchs Dorf – um es dem dummen Volk so richtig zu geben!

Prompt finden sich auch ein paar Blöde in Ost und West, die – fast 20 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung – hinkende Vergleiche mit der DDR anstellen. Da wird selbst die Steueraffäre zur Satire.

Beispiele gefällig? Der widerliche Fogg-Müller, Hugo von der

„Bilt-dir-meine-Meinung-Zeitung“ (Bild, 20.2.08: „SED/PDS soll vor eigener Tür kehren“), der ganz genau weiß, wie die SED der armen DDR-Bevölkerung das Geld abgenommen hat. Unter anderem auch meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag, wofür ich mir gut und gerne hätte einen Trabbi leisten können.

Krieg ich mein Geld jetzt wieder? Die *Financial Times Deutschland* meldete dankenswerterweise, dass ein paar SED-Milliönchen gefunden seien.

Der späthe Lothar, der abgehalftete Ministerpräsident, der, der Jena heruntergewirtschaftet hat, bemüht im *Handelsblatt* ebenfalls einen intelligenten Vergleich mit der DDR.

Und so geht das weiter...

Tja, die einen wissen Bescheid und die anderen haben die Macht. Na, macht nichts.

Dennoch: Wissen ist Macht, sagte der alte Lenin.

Und wir wissen Bescheid – falls es mal anders kommt.

ERIKA BÖHME, E-MAIL

Sehr geehrte Genossin Wartelsteiner, obwohl nicht mehr parteigebunden, wählen wir diese Anrede, weil der o. g. Artikel („Rufmord“, LN 4'08) Sie als solche auszeichnet. Unsere Hochachtung und Anerkennung für diese klaren Worte, die wir einschließlich der selbstkritischen Bemerkungen in der Fußnote vom Ersten bis zum Letzten unterschreiben können.

GERTRAUD UND PETER
FRICKER

Mitglieder im Ernst-Busch-Chor Berlin

Zu einem institutionellen ZKnackpunkt der gegenwärtigen in die Presse getragenen Auseinandersetzung im Vorstand der Leipziger LINKEN und deren Einflussnahme auf die Stadtratsfraktion: Weil nach Meinung der „Fundamentalisten“ (die – zwar nicht ganz grundlos – „das System bloßstellen“ wollen) in der Stadtratsfraktion wohl nicht genügend scharfe Opposition gemacht wird, glauben sie, das durch Teilnahme selbst an geschlossenen Beratungen der Fraktion ändern zu können. Wenn das während der Sitzungen nicht gelingt, ließen sich die Fraktion oder einzelne Stadträte ja danach öffentlich (auch mit Offenen

Offene Briefe oder öffentliche Kontrolle

Briefen an die LVZ?) diskreditieren.

Eine solche Haltung verkennt und beschädigt die spezifische politische Verantwortung der Stadträte, die sie durch die Wahl übertragen bekommen haben. Damit können sie auch allein entscheiden, ob ihre Beratungen öffentlich sind oder nicht.

Außerdem ist es auch eine Frage der zeitlichen Belastbarkeit der ehrenamtlichen Stadträte. Jeder, der sich vergegenwärtigt, zu wie vielen Problemen im Stadtrat Stellung genommen werden

muss, wird verstehen, dass die verfügbare Diskussionszeit knapp bemessen ist.

Die öffentliche Kontrolle über das Wirken der Fraktion kann jederzeit durch die Teilnahme an den Stadtratsversammlungen im Rathaus und auf anderen Wegen ausgeübt werden. Und wenn die Wirksamkeit der Fraktion nicht genügt, arbeitet in ihren Arbeitskreisen aktiv mit oder stellt bei der nächsten Wahl andere Kandidaten auf und hofft, dass diese gewählt werden.

Das schließt nicht aus, dass die

Stimme der Fraktion gelegentlich auch deutlicher in Grundfragen – und nicht nur im „Löwenzahn“ – öffentlich zu hören sein sollte. Weiterreichend sehe ich die Verantwortung des Stadtvorstandes. Neben dem selbstverständlichen Recht, der Stadtratsfraktion Vorschläge und Empfehlungen zu unterbreiten (ohne aus ihr ein ausführendes Arbeitsorgan des Vorstandes machen zu können), kann er ungebundener und weiter reichend politische Forderungen in die Öffentlichkeit tragen, muss zwischen den unterschiedlichen

Strömungen innerhalb der Linken moderieren sowie mit politischen und sozialen Bewegungen breiter kooperieren. – Das Bild, das er gegenwärtig nach außen bietet, lässt allerdings Zweifel an seiner Arbeitsfähigkeit, am Führungsstil und am Konsenswillen seiner Mitglieder aufkommen. Das müsste sich doch aber bei gutem Willen aller gewählten Mitglieder verändern lassen.

Mit einem gewissen Maß an Spannung zwischen Stadtvorstand und Stadtratsfraktion, die aus unterschiedlichem Gestaltungshorizont und unterschiedlichen Oppositionsmöglichkeiten resultieren, gilt es jedoch zu leben. JOACHIM TESCH, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

SCHNÄPPCHEN NENNT MAN HEUTE PREISENKUNGEN und wer ein Schnäppchen machen kann, ist froh darüber. Als wir unlängst zur Oder hin wanderten, kamen wir durch Altreetz und dort erzählte man uns, dass die schockierenden Nachrichten von verhungerten Kindern den Schulausschuss im Amt Barnim-Oderbruch bewegt hat, Mittagessen-Preissenkungen für die fünf Kindertagesstätten ins Auge zu fassen. Das ist doch mal eine Mitteilung, die das Herz höher schlagen lässt. Bis jetzt zahlte das Amt für jede Kita-Mahlzeit 25 Cent zu und für jedes Schul-Essen 50 Cent. Nun soll der Kita-Zuschuss auf 50 Cent angehoben werden. Und erwähnt werden soll auch noch, dass die Bürgermeisterin von Oderaue, Ehling, den Vorschlag gemacht hat. Die kennt die Sorgen ihrer Bürger, unter denen auch manche Familie ist, die nicht mal das jetzige Essengeld zur Verfügung hat. Andere Bürgermeister schlossen sich an und wollen in ihren Kassenbüchern Reserven aufspüren. Die Bürgermeisterin von Bliesdorf, Krone, soll gesagt haben: „Wir müssen den Eltern etwas bieten, damit sie sehen, dass es sich lohnt, die Kinder hier in die Schule

Hunger im Polizeistaat

zu schicken und dafür vielleicht eine halbe Stunde mehr Fahrzeit zur Arbeit in Kauf zu nehmen.“ Bliesdorf hatte schon die Bezahlung der Hälfte des Bus-Tickets für Schulkinder übernommen und einzelne Bürger spendierten das Fahrgeld für das ganze Jahr. Einer hatte sogar für ein Kind der Kita „Rappelkiste“ das Essengeld von 50 Euro für ein ganzes Jahr übernommen. So sehr das begrüßt wurde, so bitter war die Realität: Es gab mehr als einen Dreijährigen, der den Zuschuss brauchte. Es blieb nichts anderes übrig, als den Gewinner auszulosen. Das gab uns sehr zu denken. Wer früher, damit meine ich die Zeit, die man heute gern als „Unrechts-Diktatur“ deklariert, auf die Idee gekommen wäre, Kita-Essensgeld zu verlosen, hätte damit rechnen müssen, beim Nervenarzt angemeldet zu werden. Heute hat man sich daran gewöhnt, dass das Mittagessen nicht für alle Kinder reicht. Einer aus unserer Runde kommentierte das mit einem Filmtitel: „Die große Freiheit“.

TAGS DARAUF ERZÄHLTE MAN UNS, WAS SICH IN RAUEN zugetragen hatte. Die Geschichte könnte den Stoff für einen abendfüllenden Film liefern. Im Ort

hatte sich eine Familie gegen den Anschluss an die kostspielige Kanalisation gewehrt, da sie mit der eigenen Kleinkläranlage Geld sparen wollte. Was sich dann tat, ist schwer zu glauben. Die Geschäftsführung des Abwasser-Zweckverbandes mobilisierte sechs Polizisten, zwei Rechtsanwälte und mehrere Mitarbeiter und setzte das Kommando in Marsch. Dieser Abwasser-Zweckverband kann sich auch noch eine „Vollziehungsbeauftragte“ leisten und die gab vor Ort Erklärungen ab und verbreitete Pressemitteilungen. Die Begründung für die Staatsaktion: „Wir holen das Abwasser, weil für den Verband die Pflicht besteht, das Wasser zu entsorgen.“ Verbandsmitarbeiter und der Fäkalien-Fahrer drangen auf das Grundstück vor, um aus mehreren unterirdischen Becken Wasser und Schlamm abzupumpen. Die Besitzerin des Grundstücks hatte eine Schubkarre voll Mist in ihre Einfahrt gestellt, blieb dann aber im Haus, assistiert von einer Mitarbeiterin ihres Rechtsanwalts. Sie kämpft seit Jahren vor Gerichten gegen den zwangsweisen Anschluss an den Abwasserverband und die dadurch entstehenden Kosten. Der Anwalt der Betroffen-

nen nannte die Aktion „Faustrecht“. Der Anwalt des Zweckverbandes gab zu: „Wir hatten gedacht, es ist mehr los hier, eine Demo oder auch passiver Widerstand. Darum haben wir so viel Polizei bestellt.“ Er „begründete“ den Aufmarsch folgendermaßen: Der Zweckverband habe die Pflicht, alles Abwasser in seinem Gebiet zu beseitigen. „Da eine ordnungsgemäße Entsorgung nicht festgestellt werden konnte, führt der Zweckverband die dezentrale Entsorgung zwangsweise durch. Das entsprechende Urteil des Oberverwaltungsgerichts steht fest, jetzt wird's nur unnötig teuer.“

Wir wollten nicht glauben, was man uns erzählt hatte, aber in der Schenke, in der wir Mittag aßen, waren zahlreiche Augenzeugen. Auch dieser Vorfall rief die Erinnerung an die Vergangenheit wach. Die Gegenwart: Gerichte vergeuden Zeit und Geld, Polizisten eskortieren Fäkalien-Fahrer und die leeren Abwassergruben ohne die Einwilligung von deren Besitzern. Das Motiv: Vielerorts entstanden überdimensionierte Abwasser-Anlagen, die jetzt mit staatlicher Gewalt betrieben werden, um die entstehenden Defizite zu begrenzen. Wer beantwortet uns die Frage: Wo beginnt eigentlich ein Polizeistaat?

• KLAUS HUHN



fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 10. März, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Gespräch: *Antijudaismus in der sakralen Kunst*. Mit Prof. Dr. Heinrich Fink, Berlin. Veranstaltung der VVN/BdA mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Jüdische Gemeinde, Stollberger Str. 28

Dienstag, 11. März, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag, Diskussion und Film: *Brigadistas – Deutsche Interbrigadisten in Spanien. Zum 100. Geburtstag des Spanienkämpfers Herbert Kull*. Mit Dr. Regina Girod, VVN/BdA Berlin. Veranstalter: BdA Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit Unterstützung durch Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig und Erich-Zeigner-Haus e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 12. März, 19 Uhr, Dresden

Vortrag und Diskussion: *Prager Frühling 1968 – Ausweg aus der Krise des Sozialismus?* Mit Prof. Dr. habil K.-H. Gräfe, Freital. WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 13. März, 18.30 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen*. Mit Dr. Hannes Hofbauer, Wien. *** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag 14. März, 17.30 Uhr, Chemnitz

Filmfestival „ueber morgen – Utopien, Träume, Weltentwürfe“ Film: *Hinter dem Zuckervorhang*. Diskussion mit Cuba Si Chemnitz Clubkino Siegmars, Zwickauer Str. 425

Sonabend, 15. März, 10 Uhr, Chemnitz

Podiumsdiskussion: *Altersarmut in Deutschland*. Mit Jörn Wunderlich, MdB, familien- und senienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. In Zusammenarbeit mit GBM, Ortsverband Chemnitz. Rothaus e. V., Lohstr. 2

Dienstag, 18. März, 19.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Vergewaltigung im deutschen Opferdiskurs*. Mit Regina Mühlhäuser, Hamburg. In Zusammenarbeit mit Antifaschistischer Frauenblock Leipzig und StudentInnen-

rat der Universität Leipzig
Conne Island, Koburger Str. 3

Mittwoch, 19. März, 19 Uhr, Dresden

Vortrag und Diskussion: *Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände in Deutschland*. Mit Mike Nagler, Leipzig. WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

LEIPZIG LIEST

Die hier aufgeführten Veranstaltungen finden, wenn nicht anders angegeben, in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10, statt.

Donnerstag, 13. März., 19.30 Uhr: Der

Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Karl Dietz Verlag, mit Siegfried Grundmann, Autor, und Prof. Dr. Klaus Kinner, Moderation.

Donnerstag, 13. März, 20 Uhr: Achim von

Borries/Ingeborg Weber-Brandis: Anarchismus – Theorie, Kritik, Utopie. (Bearb. Neuaufl. 2007, Graswurzel Verlag), mit Lou Marin, Autor und Übersetzer. linXXnet, Bornaische Str. 3d

Freitag, 14. März, 19 Uhr: Marcus Havel und

Gregor Kritidis: Aufschrei der Utopie – Möglichkeiten einer anderen Welt. Offizin Verlag, mit Dr. Marcus Havel, Hannover linXXnet, Bornaische Str. 3d

Sonabend, 15. März, 10 Uhr: „Die Wache ist

müde“: Neue Sichten auf die russische Revolution. Karl Dietz Verlag, mit Prof. Dr. Helmut Bock und Prof. Dr. Klaus Kinner, Herausgeber.

Sonabend, 15. März, 11 Uhr: Herbert Hörz:

Wahrheit, Glaube und Hoffnung – Philosophie als Brücke zwischen Wissenschaft und Weltanschauung. trafo verlag, Berlin, mit Prof. Dr. Herbert Hörz, Berlin.

Sonabend, 15. März, 14 Uhr: Die Löws – eine

jüdische Familiengeschichte in Deutschland. trafo verlag, Berlin, Ruth Weiss liest aus ihrem Zyklus.

Sonabend, 15. März, 18 Uhr: „Und wenn sich

die Dinge ändern“ – Die Linke. PapyRossa Verlag, mit Prof. Dr. Georg Fülberth, Autor, und Dr. Monika Runge, MdL, Moderation.

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.



Allen Kameradinnen, Genossinnen, Mitarbeiterinnen und Freundinnen übermitteln wir zum 8. März die herzlichsten kämpferischen Grüße für eine Welt ohne Krieg und Hunger. Die Kraft dazu holst du dir bei uns in „Heideruh“

Gespräch an Putins Samowar am 10. März, 17 Uhr, mit dem Russisch-Experten und ehemaligen DSF-Kreisfunktionär **Anton Groß** in Borna, Sozialstation für betreutes Wohnen, Dinterplatz 1

Initiative Christliche Linke

10. 3., 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig: Vortrag Pfarrer Voigt: *Wie erscheine ich aus der Sicht dessen, der am Boden liegt? Der barmherzige Samariter*

**Liebe
Gisela Boldt
zu deinem**

77. Geburtstag
herzlichen Glückwunsch und Dank dafür, dass die Umstände seit 1990 niemals deine Grundhaltung verändert haben.

Es grüßen dich
Helge und Horst Kurth
Geertje und Karl-Heinz
Eilenberger
und deine Genossen der
Ortsgruppe Grünau-Ost

Lehren aus dem 30. Januar 1933

Die AG Politische Bildung der Basisorganisation Messenmagistrale Die Linke lädt ein zur Diskussion mit dem Ehrenvorsitzenden VVN/BdA, Landesverband Sachsen, **Gen. Prof. Dr. Hans Lauter**, **am 19. 3., 18 Uhr**, im Stadelzentrum Messenmagistrale, Straße des 18. Oktober 10a



Nix wie weg!
Grad noch
eine LN
erwischt ...

Damit auch
andere nicht
leer ausgehen,
sind wir
wieder mal
sehr auf Ihre
Hilfe
angewiesen.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)

Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

Wolfgang Bittner

Entführte Pathologentöchter in Namibia

Der neue deutsche Fernsehfilm

Das Fernsehprogramm besteht schon seit langem zum großen Teil aus Krimis. Anscheinend gibt es keine interessanteren Themen als Mord und Totschlag. Selbstverständlich muss jetzt auch Sex in den Krimis vorkommen. Nicht nur mal beiläufig, sondern extensiv mit penibel ausgeleuchtetem Koitus; ein Zusammenhang mit der Handlung ist nicht erforderlich.

Nicht nur Blut törnt an, Sex noch viel mehr. Angeblich wollen die Leute immerzu Sex sehen, auch im Krimi. Wenn schon in den Kulturfilmern die Elefanten, Grizzlys und Killerwale bumsumsen, dann erst recht die Kommissare und Gangster in den Krimis.

In letzter Zeit gibt es eine neue Masche: Der Kommissar oder die Kommissarin ist in den Fall verstrickt. Sie oder er hat einen Ehemann, Freund, Sohn, Bruder oder Onkel, eine Mutter, Tochter, Freundin, Bekannte oder Mitschülerin, und die werden natürlich erschossen, oder zumindest erpresst, verletzt, entführt. Oder der Kommissar (der immer einen unleidlichen und dummen Vorgesetzten hat) hält sich gerade in der Bank auf, wenn der Überfall stattfindet. Genau wie im täglichen Leben. Da vergreifen sich die Kriminellen bekanntlich auch ständig an den Angehörigen, Freunden und Bekannten der Ermittlungsbeamten.

Wunderbar, diese Realitätsnähe! Im Übrigen ist die Handlung nebensächlich, sie braucht deswegen auch nicht logisch zu sein. Wie das Leben. Hauptsache action. Geraten nicht auch wir täglich in eine Schießerei, einen Banküberfall, eine Entführung? Werden nicht auch wir andauernd bedroht, erpresst, ermordet?

Wenn die Fernsehleute erst einmal eine Masche entdeckt haben, sind sie nicht mehr zu halten. Ihre Kreativität besteht offensichtlich darin, dass sich einer vom anderen inspirieren lässt. Kaum hat ein Drehbuchautor den Pathologen ins Bild gebracht, werden in allen Krimis in aller Ausführlichkeit Leichen sezziert; sie werden solange aufgedeckt, identifiziert, aufgeschnitten und wieder zugenäht, bis sich nicht nur dem Schauspieler der Magen umdreht. Das schuldet der Kommissar seinen Zuschauern.

Ein weiterer Trend ist zu verzeichnen. Hat ein Drehbuchautor oder Produzent gerade eine Regeon in Deutschland oder auch in Afrika erspäht, spielen dort gleich zwei Dutzend Filme. Ist so schön exotisch. Die klimatischen Verhältnisse! Diese Landschaft! Die günstigen Drehbedingungen! Die Handlung dieser Kitsch-Love-Stories ist mehr oder weniger dieselbe: Hübsche, vom Leben ein wenig enttäuschte Frau kommt (zu-

rück) nach Afrika und verliebt sich (mit Hindernissen und Verzögerungen) in attraktiven Farmer oder sonstige naturtümlichen Macho. Gern wird dabei die erhabene deutsche Kolonialvergangenheit ins Bild geholt.

Ja, die Exotik. Sogar Intendanten und sonstige Fernseh-Oberer fliegen in alle Welt hinaus, um dort mit ihren Kamerateams ein wenig zu drehen. Zwei, drei Wochen reichen aus, um ein Land dokumentarfilmerisch zu erkunden.

Die Stars sind Huskyliebhaber in Alaska, Schafzüchter in Australien oder Ranger in den Rockies. Und die Bisons grunzen, die Hyänen heulen und die Grizzlys bumsumsen. Nebenbei kann man noch ein bisschen Urlaub auf Spesen machen und sich die Welt ansehen. Wenn man schon am Fresstrog sitzt, warum sollte man das nicht nutzen.

Was bei diesen ganzen Produktionen herauskommt? Das Übliche: Man füllt das Programm und die Insider füllen sich die Taschen. Ungewöhnliches, was den Konsens stören könnte, wird nicht zugelassen.

Das Fernsehpublikum ist ja genügsam. Und die „Macher“ wissen ganz genau, was die Leute sehen wollen. Wie sagte seinerzeit der berühmte berichtigte RTL-Intendant Helmut Thoma so treffend: „Im Seichten kann man nicht ertrinken.“

Werbung, Werbung über alles...

Aus gut unterrichteten Ärztekreisen erhielt LN die nebenstehende Information, die einen regelrecht krank machen kann.

Faksimile *Arznei-Telegramm* 2 (Informationsdienst für Ärzte und Apotheker). Es ist auch im Internet nur für angemeldete Nutzer zugänglich.

Hersteller investieren doppelt soviel Geld in Werbung wie in Forschung: Die pharmazeutische Industrie deklariert ihre Marketingkosten üblicherweise zu niedrig. Schließlich würden zu hohe Werbeausgaben dem mühsam aufgebauten Image als forschende Industrie schaden. Die gleichen Vorbehalte gelten für Daten, die von Marktforschungsinstituten wie IMS Health nach Unterlagen von Pharmaherstellern erhoben werden. Ausgeklammert bleiben beispielsweise oft die Kosten für Veranstaltungen, die von Firmen gesponsert sind, für Beobachtungsstudien, die zu 75% von Marketingabteilungen gesteuert werden und im Wesentlichen dem Einkauf von Verordnungen dienen (-t 2006; 37: 93-4), für Ghostwriter, für die illegale Propagierung von Off-label-Gebrauch und vieles mehr. Zwei kanadische Autoren haben jetzt die für den US-amerikanischen Markt verfügbaren Daten – und damit für den bedeutendsten Markt – zusammengetragen und berechnet. Sie kommen auf Ausgaben für Werbemaßnahmen von 57,5 Milliarden US Dollar und liegen damit in einem Bereich, den andere Autoren bereits zuvor mit anderen Methoden errechnet haben. Bei jährlichen Ausgaben für Forschung in Höhe von 31,5 Milliarden US Dollar gibt die pharmazeutische Industrie somit fast doppelt soviel Geld für Werbung wie für Forschung aus. Die Autoren betonen dabei, dass auch sie nicht alle Werbeaufwendungen vollständig berücksichtigen konnten (GAGNON, M.A., LEXCHIN, J.; PLoS Medicine 2008; 5 [1]: e1 [5 Seiten]).

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die Zahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalttaten ist nach Angaben der Opferberatung Leipzig in der Stadt erheblich gestiegen. Im vorigen Jahr registrierte der Verein 87 derartige Vorfälle, das sind 24 mehr als im Jahr zuvor.

LVZ 26. 2.

Über das Geschäftsprinzip der Drogeriekette „Schlecker“: Kleiner Laden, großer Umsatz: Dabei wird dann alles bis zur Schmerzgrenze optimiert.

ARD 28. 2.

Wenn ich nur stromlinienförmig bin, dann bin ich sicher bei vielen sehr geschätzt, aber ich bringe andererseits nichts zustande. Rita Süßmuth in extra 3, NDR 28. 2.

Das Kabarettpublikum applaudiert meist aus Dankbarkeit, wenn es die Pointe begreift.

Harald Schmidt 26. 2. ARD

Jung verliert gegen Marx.

BILD -Schlagzeile 29. 2..

Mit einem – wie ich finde – recht zweifelhaften Vorschlag, wie man dem Tod ein Schnippchen schlagen kann, wartet ein geschäftstüchtiger Bestatter aus

Oberhausen auf: „Wenn Sie von uns gehen! Alberts Tiersärge“. Bastian Sick, KulturSPIEGEL Feb.

Kindstötungen auf DDR-Mentalität zurückzuführen, rückt Herrn Böhmer in die Nähe jenes Prof. Pfeiffer, der nachweisen wollte, dass die Ursachen der Kriminalität im Osten dadurch begründet sind, dass alle Kinder im Kindergarten gemeinsam auf das Töpferchen gesetzt wurden.

Leserbrief ND 1./ 2. 3.

Links blinken, rechts regieren wäre w i r k l i c h Wortbruch in Hessen.

FREITAG 9/08

Muttertag-Blumen-Verkauf-Vorschalt-Gesetz: Die CDU Fraktion des Sächsischen Landtages will den Blumenverkauf am Muttertag und anderen Feiertagen möglich machen

Informationsdienst der CDU-Fraktion im SLT 02/08

Die „Tagesschau“ deutet in ihrer Berichterstattung über Afghanistan den Krieg zur Normalität um.

DLF 2. 3.
ENTDECKT VON
SIEGFRIED KAHL

JUNG UND ALT

Wenn man jung ist, macht man immer wieder alte Fehler, und wenn man alt wird, immer wieder neue.

In der Jugend macht man erst Dummheiten, bevor man darüber nachdenkt. Im Alter denkt man erst nach, bevor man Dummheiten macht.

Die Jugend muss auf alle Fragen eine Antwort haben, und das Alter auf jede Antwort eine Frage.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,
Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

3. März 2008
Die nächste Ausgabe erscheint am
22. März 2008

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der
Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40